Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)**

Band (Jahr): **52 (1974-1975)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A. Z. 8021 Zürich 8001 Zürich 52. Jahrgang Nr. 1 April 1974 Auflage 17 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich

Erscheint neunmal jährlich

mit konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktion/Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30, Postcheck 80-35 598

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00, Telex 55 235, Einsp. mm-Zeile Fr. —.42

Abonnemente: Jahresabonnement (inkl. «konzept») Inland Fr. 18.—, Ausland Fr. 20.—, Bestellungen bei der Administration

Gut geachtet, Herr Jürgensen!

Die Geschichte vom Stadtentwicklungs-Gutachter, der niemandem weh tun wollte

Seit kurzer Zeit verfügt der Zürcher Stadtrat über eine Art Blanko-Ausrede: wenn ihm die Begründung eines Beschlusses oder einer Massnahme Mühe bereitet, kann er das «Jürgensen-Gutachten» anführen. Kaum jemand hat nämlich dieses 1000seitige Werk zur Entwicklung der Stadt Zürich wirklich und vollständig gelesen, wohl nicht einmal der Stadtrat selbst. Das war auch nicht unbedingt nötig. Zwar hat sich das Bearbeiter-Team redlich abgemüht, wissenschaftlich zu arbeiten. Doch der von Zeit zu Zeit von Hamburg hergejetete Jürgensen war noch mehr darum besorgt, die geheimen Wünsche seiner Auftraggeber nachträglich einfliessen zu lassen. Daraus entstandene Widersprüche lassen sich durch den Berg von Text und Zahlen ja gut verdecken. Der Verfasser des folgenden Artikels hat die Arbeit am Gutachten aus der Nähe mitverfolgt und versucht hier, es unseren Lesern samt der etwas krummlinigen Entstehungsgeschichte zu erhellen.

Redaktion

Der Zürcher Stadtrat scheint die Termine zur Vorstellung der Ergebnisse des Gutachtens Jürgensen stets mit strategischer Raffinesse auszuwählen: Die ersten zwei der im ganzen vier stadtplanerischen «*Optionen*» (Varianten) waren kurz vor den U-Bahn-Abstimmung der Oeffentlichkeit präsentiert worden, nicht ohne Grund, denn die damaligen Ergebnisse eigneten sich für die U-Bahn-Propaganda. Diesmal fand nun die Vorstellung der *Optionen III und IV* keine zwei Wochen vor den Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen statt. Zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte der Stadtrat eine erste Wertung des Gutachtens in Form einer Weisung an den Gemeinderat.

Zwei Arbeitsphasen

Der Auftrag zur Ausarbeitung eines *Entwicklungsprogramms für die Stadt Zürich* ging im April 1971 an den *Hamburger Stadtentwicklungsökonomen Prof. Harald Jürgensen*. Dieser setzte zu diesem Zweck ein *Team* ein *(Peter und Gundel Iblher, Georg Jansen, Karl-Peter Schlüter)*, das zum Teil von Mitte 1971 bis Ende 1973 ständig in Zürich beschäftigt war. Die Titel der publizierten Werke sind aus dem Kasten ersichtlich.

Die Arbeit fand in zwei Phasen statt: Die erste Phase umfasste die *Analyse des Ist-Zustandes* und *Trendberechnungen* sowie die ersten zwei *Entwicklungsoptionen* (damals noch *Alternativen* genannt) und war im Prinzip im Sommer 1972 abgeschlossen. Die Publikation dieser Ergebnisse wurde jedoch lange Zeit aufgeschoben aus nicht ganz erfindlichen Gründen... Auf einen Zusatzauftrag hin entstanden dann in einer zweiten Phase die obenerwähnten, jüngst der Oeffentlichkeit vorgestellten Optionen III und IV.

Die beiden Serien der Stadtentwicklungsoptionen – also I/II einerseits und III/IV andererseits – sind in ihrer Konzeption nur sehr bedingt vergleichbar. Während im ersten Paket sehr genaue Empfehlungen gegeben werden, die auch quantitativ auf Karten dargestellt sind, beschränkt sich das neuerschienene Paket auf eher pauschale Empfehlungen, die weniger konkret werden. Ebenfalls wurde für die Optionen I und II eine *Nutzwertanalyse* durchgeführt (ein Bewertungssystem aufgrund von Zielprioritäten), die bei den neuen Optionen eben wegen des geringeren Konkretisierungsgrades fehlt.

Die vier Alternativen zur Stadtentwicklung

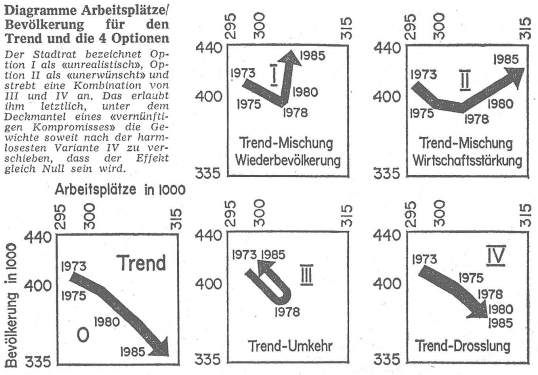
Die vier vom Jürgensen-Team ausgearbeiteten Alternativen unterscheiden sich grundsätzlich in den zugrunde liegenden *Zielsetzungen über die Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung bis 1985.*

Diese Zielsetzungen müssen im Zusammenhang mit den prognostizierten Trendentwicklungen bis zu diesem Zeitpunkt gesehen werden. Von dort her muss erwartet werden, dass Zürich im Jahre 1985 *noch 339 000 Einwohner* haben wird, also etwa soviel wie zu Beginn der 40er Jahre! Demgegenüber ist mit einer *Arbeitsplatzzahl von 313 000* zu rechnen (nach *Prognos AG*). Diese Zahl hat gewissen Wirtschaftsvertretern nach eigenen Worten angeblich einen Schock versetzt: Das sei ja wahnsinnig wenig, sie hätten viel mehr erwartet.

Die in der Tabelle dargestellten Optionen können verbal etwa folgendermassen charakterisiert werden:

Diagramme Arbeitsplätze/Bevölkerung für den Trend und die 4 Optionen

Der Stadtrat bezeichnet Option I als «unrealistisch», Option II als «unerwünscht» und strebt eine Kombination von III und IV an. Das erlaubt ihm letztlich, unter dem Deckmantel eines «vernünftigen Kompromisses» die Gewichte soweit nach der harmlosesten Variante IV zu verschieben, dass der Effekt gleich Null sein wird.



Option I

beinhaltet eine *Wiederbevölkerung der Stadt auf den Stand von etwa 1965* (bzw. 1959, vor der Erreichung des Maximums von 440 000 im Jahre 1960), während der *Trend der Beschäftigungsentwicklung gedrosselt* werden soll. Die Differenz gegenüber dem Trend in der Bevölkerungszielsetzung beträgt also 100 000 Einwohner bzw. 30%, die Option I ist diesbezüglich die kühnste der vier.

Option II

Nach ihr soll ebenfalls eine *Wiederbevölkerung der Stadt* erzielt werden, doch bloss auf den Stand von 1969 bzw. 1957. Dagegen wird bei den *Arbeitsplätzen dem Trend freier Lauf gelassen.* Die Option II ist also die wirtschaftsfreundlichste Variante.

Option III

ist mit dem Stichwort «*Trendumkehr*» gekennzeichnet: Für 1985 soll *wieder der Zustand von 1973 erreicht werden.* Dies bedeutet allerdings, das der unvermeidbare Verlust bzw. Zuwachs der nächsten Jahre bis 1978 in den folgenden Jahren bis 1985 wieder eingeholt bzw. abgebaut werden muss.

Option IV

ist schliesslich die *resignierteste* unter allen: Sie beinhaltet lediglich eine *Trenddrosselung* für Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung *auf das Trendniveau von 1979.*

Der Stadtrat visiert als Ziel nun einen *Mittelwert zwischen Option III und IV* an, eine Lösung, die er als *«Mischung zwischen dem Wünschbaren und dem Möglichen»* bezeichnet. Er hat sich damit ein sehr bescheidenes Ziel gesetzt. Man kann daraus die lobenswerte Absicht lesen, nichts zu versprechen, was nicht auch gehalten werden kann. Ebenso offensichtlich ist jedoch der mangelnde Wille, etwas zu tun, das wirkungsvoll in den Lauf der Dinge, lies des Trends, eingreift.

Stadtratslogik

Der Stadtrat spricht in seiner ersten Wertung des Gutachtens davon, dass in den beiden Optionen III und IV dem *«inzwischen offensichtlich gewordenen Wunsch vieler Stadtbewohner nach einer eher erhaltenden, stabilisierenden Gestaltung vermehrt Rechnung getragen werde».* Dies ist offenbar die stadträtliche Interpretation seiner zahlreichen Abstimmungsniederlagen der letzten Jahre – eine recht merkwürdige Interpretation, wie mir scheint: Da schickt also das Volk mit konstanter Bosheit all die Vorlagen bachab, die eine Vermehrung von Verkehr, Gestank und Lärm sowie einen weiter verstärkten Druck auf den Wohnraum befürchten lassen. Und welche Konsequenz zieht daraus nun der Stadtrat? *Das Volk wolle keine massiven Eingriffe und Veränderungen,* also auch nicht solche, die wieder vermehrt Wohnraum zu schaffen versuchen und Verkehr, Gestank und Lärm vermeiden wollen.

Vergangene Volksabstimmungen, insbesondere der U-Bahn-Entscheid, müssen tatsächlich als *Voten gegen eine Entwicklung im Sinne von Option II* interpretiert werden. Dass der Stadtrat damit *auch gleich Option I* begraben möchte, ist nun aber doch sehr merkwürdig. Er begründet dies damit, dass eine Bevölkerungszunahme ausschliesslich mit *Aufzonungen* erreicht werden könne, was wiederum mit dem Abbruch bisheriger Wohnungen erkauft werden müsste.

> hs. Die Stadt Zürich verfügt über beträchtlichen Landbesitz. So wie jeder Bürger das Recht hat, Einblick in die finanziellen Verhältnisse seiner Gemeinde zu haben, hat er auch das Recht, über den Landbesitz informiert zu sein. In Zürich ist dem nicht so. Stadtplaner Sidler, als Gralshüter des städtischen Bodens, hat sich sogar lange geweigert, die Bodenbesitzkarte an das Jürgensen-Team auszuhändigen. Frage: Warum? (Kleiner Hinweis: Die Spekulanten grossen Stils sind ohnehin genauestens im Bild.)

Nun gibt es immerhin noch andere Mittel: Diese Stadt besitzt durchaus noch *Freiflächen,* wo Wohnungsbau möglich ist, ohne auf Kosten bestehender Wohnungen zu gehen. Die Gutachter selber schlagen zu diesem Zwecke u. a. *Umzonungen in den Industrie- und Gewerbezonen* vor. Jedenfalls ist die Wiederbevölkerung Zürichs ein Postulat, das durch die vom Stadtrat festgestellte Umwälzung der öffentlichen Meinung nicht in den Hintergrund getreten, sondern im Gegenteil verstärkt worden ist.

Es geht hier überhaupt nicht um Wachstumsdenken, sondern darum, dass diese Stadt wieder etwas *gleichgewichtiger genutzt* werden soll. Die immer noch steigende Pendlerquote muss mit allen möglichen Uebeln erkauft werden: Mit *kürzerer Freizeit* für die Pendler selber, mit *Schlafstädten,* wo es sowohl grüne Kinder wie auch grüne Witwen gibt, mit einem *unmässigen Verkehrsaufkommen,* das seinerseits die Stadt erst recht unbewohnbar macht (indirekte Wohnraumverdrängung!).

Offenbar betrachtet der Stadtrat die *Option I als unrealistisch:* einen «international anerkannten Ruf» attestiert, müsste diese angebliche Unrealisierbarkeit ein wenig begründet werden. Es ist jedenfalls zu hoffen, dass es im neugewählten Gemeinderat Leute gibt, die auf diese Option I zurückkommen werden.

In ihrem letzten Bericht unterbreiten die Gutachter auch Vorschläge *zur Entscheidungs- und Organisationsstruktur der Stadtverwaltung.* Die beiden alternativen Vorschläge streben einen rationaleren Entscheidungsablauf bei planerischen Projekten an:

Planungs-Grundsatzamt...

Der eine Vorschlag enthält die Schaffung eines *«Grundsatzamtes»,* das *dem gesamten Stadtrat unterstellt* wäre. In diesem Amt würden die Gesamtkonzeptionen künftiger Entwicklungen ausgearbeitet, als da sind: *Nutzungspläne, Zonenplan, Verkehrsplan, Wahl der Verkehrssysteme.* Die Projekte des Grundsatzamtes wären periodisch zu überarbeiten und demokratisch zu kontrollieren.

Der zweite Vorschlag dagegen strebt im Rahmen einer *Projektorganisation* eine *bessere Koordination zwischen den verschiedenen Aemtern* an. Die betreffenden Abteilungen bekämen als Gesamtheit von den politischen Instanzen den Auftrag, auf der Grundlage einer Leitbildkonzeption Realisierungskonzepte zur gesamtstädtischen Entwicklung zu erarbeiten.

Die Gutachter geben eindeutig dem ersten ihrer beiden Vorschläge den Vorzug, der Stadtrat dagegen dem zweiten. Die Notwendigkeit einer Aenderung der Gemeindeordnung scheint nun allerdings kein stichhaltiges Argument gegen den ersten Vorschlag zu sein. Eine solche würde der Wichtigkeit der Sache entsprechen. Doch hat der Stadtrat noch andere Bedenken: *«Ob Gemeinderat und Souverän einem derartigen Vorschlag zustimmen würden, erscheint mehr als fraglich. Die Befürchtung, es werde ein mit zuviel Machtfülle ausgestattetes Amt geschaffen, dürfte auch bei dieser Lösung hemmend wirken.»*

Diese Befürchtung nun scheint eher ein Problem der einzelnen Stadträte und Chefbeamten zu sein als eines des Gemeinderats und der Oeffentlichkeit. Die ersteren könnten tatsächlich in ihren «Königreichen» der Verwaltung eine *Machteinbusse* erleiden, denn heute können sie alle auf eigene Kompetenz drauflosplanen oder -wursteln – nebeneinander und oft auch gegeneinander: Beispielsweise wurde die unglückselige Waldstadt des Stadtpräsidenten irgendwo ausgebrütet, nur nicht – wie eingentlich zu erwarten wäre – im Stadtplanungsamt.

Gemeinderat und «Souverän» dagegen hätten von einer solchen «Machtfülle» des Grundsatzamtes wohl weniger zu fürchten, sofern dort einigermassen transparent gearbeitet würde – und dies beinhaltet ja gerade der Vorschlag des Teams Jürgensen. Im übrigen kann es in dieser Hinsicht in der Zürcher Stadtplanung nur noch besser werden.

... oder Koordinations-gewurstel

Nun, das «Grundsatzamt» wird eben wohl nicht geschaffen werden. Und so wird es in Zürich bei dem Zustand bleiben, den ein führender Zürcher Wirtschaftsvertreter etwa folgendermassen geschildert hat: *«Die Stadtbehörden sind dermassen desorganisiert, unkoordiniert und untereinander kontraproduktiv, dass sie ausserstande sind, schlagkräftige Entscheide zu treffen und auch durchzuführen. Deshalb sind es die privatwirtschaftlichen Vereinigungen, die in Zürich bestimmen, was geht: City-Vereinigung und Zürich-Transport.»*

Ein Einwand muss zu der Idee des Grundsatzamtes immerhin gemacht werden: Es ist verständlich, dass man Scherbenhaufen von der Art, wie sie in Zürich nachgerade zur Gewohnheit geworden sind (U-Bahn, Hardplatz), inskünftig vermeiden möchte. Wenn die Dinge anlässlich der Fassung eines Grundsatzbeschlusses auch wirklich diskutiert werden, können sowohl kostspielige Irrwege erspart wie auch eine grössere Motivation der Bevölkerung erzielt werden, weil dann nämlich nicht bloss die Wahl bestände zwischen einem Scherbenhaufen und einer schlechten Lösung.

Trotzdem muss klar festgehalten werden: Solche Grundsatzentscheide dürften *nicht dazu führen,* die Stimmbürger an einen einmal gefassten Entschluss auf Jahre hinaus zu binden: Wenn durch eine Volksabstimmung jahrelang Planungen – wie bei der U-Bahn – in einem Nichts enden, ist dies zwar äusserst unerfreulich und kostspielig, aber immer noch weniger schlimm, als wenn katastrophale Unternehmungen – wie die U-Bahn oder das

Bevölkerung und Arbeitsplätze Stadt Zürich 1985 (in Tausend)

	(1973)	Trend	Opt. I	Opt. II	Opt. III	Opt. IV
Wohnbevölkerung	410	339	435	425	410	378
Arbeitsplätze	297	313	305	315	297	307
Pendlersaldo	93	146	91	105	95	120

In dieser Nummer

Bildungspolitik in Entwicklungsländern
Eine Vortragsreihe der KfE *Seite 2*

UNI: Zu den neuen Mensapreisen *Seite 5*

ETH: Bilanz nach 3 Jahren «Experimentierphase» *Seite 7*

zs-Poster

Auf den Seiten 3 und 6 in dieser Ausgabe befindet sich das vollständige und sehr beachtenswerte Semester-Programm der Evangelischen Hochschulgemeinde. Ganzen Bogen aus der Zeitung entfernen und als gefälligen Wandschmuck übers Bett hängen!

Bannstrahl für linke Information

Universitätsrichter Prof. Jörg Rehberg hat während der Frühlings-Semesterferien ein neues Disziplinarverfahren gegen den Studenten Mathias eingeleitet, der in der Uni-Mensa die Zeitschrift «Bresche» der Revolutionären Marxistischen Liga verkaufte. «Dieses Verfahren gegen einen ‚Bresche'-Verkäufer stellt (nach einer Entlassung eines Assistenten aus politischen Gründen) das vorläufig letzte Glied in der jüngsten Repressionskette der Unibürokratie dar», kommentiert die neueste «Bresche».

Das berüchtigte Regulativ über die Benützung der Uni-Räume verbietet bekanntlich neben vielem anderen auch den Schriftenverkauf. Allerdings ist nicht klar, ob die Mensa zu den Uni-Räumen zu zählen ist. Auch wenn das Vorgehen des Unirichters rechtlich gedeckt sein sollte, wirkt das neue Verfahren mindestens in zweierlei Hinsicht als äusserst stossend:

Zum ersten zeigt das Verfahren, dass die Meinungsäusserungsfreiheit faktisch nur für eine Seite gilt. Die beiden rechtslastigen Blätter «Schweizerische Hochschul-Zeitung» und «Schweizerische Studenten-Zeitung» liegen dank den Inseraten einer wohlgesinnten Wirtschaft regelmässig gratis auf, während die auf Verkaufseinnahmen angewiesenen linken Zeitungen durch das Regulativ von der Uni verbannt werden sollen.

Zum zweiten erscheint das Disziplinarverfahren als willkürlich. Denn seit dem Inkraftsetzen des Regulativs nach der antifaschistischen Woche des Sommers 1971 sind noch und noch unerlaubte Flugblätter verteilt und Flugschriften verkauft worden. Vor allem in den beiden letzten Semestern wurden beinahe täglich Druckschriften verkauft, ja die «Kommunistische Partei der Schweiz, Marxisten-Leninisten» stellte Woche für Woche in der Eingangshalle über Mittag ungestraft einen Bücherstand auf. Dass nun plötzlich ein «Bresche»-Verkäufer zur Rechenschaft gezogen werden soll, ist zwar willkürlich, doch nicht zufällig: Mathias zeichnet gegenüber der Universitätsverwaltung für die trotzkistische «Bresche»-Hochschulgruppe verantwortlich und zusammen mit zwei weiteren Kommilitonen für die Basisgruppenzeitung «Hochschulkampf».

Offensichtlich wollen die Unibehörden einmal mehr an einem Exponenten der linken Studentenbewegung ein abschreckendes Exempel statuieren. Ihr letzter derartiger Versuch hat sich übrigens teilweise als Schlag ins Wasser erwiesen: Die im Wintersemester gegen drei Studenten – darunter auch Mathias – eingeleiteten Verfahren wegen «Reden in der Eingangshalle» waren so haltlos, dass eines der drei Verfahren bereits eingestellt werden musste.

Jürg Frischknecht

Expressstrassen-Ypsilon – in Angriff genommen werden, nur weil sie eben geplant sind und keine Alternativen vorliegen.

Dies müsste auch unter der Voraussetzung eines solchen Systems von Grundsatzentscheidungen gelten. Deshalb wäre eine *periodische Ueberprüfung der Zielsetzungen*, wie sie das Jürgensen-Team vorschlägt, ein unabdingbarer Bestandteil eines solchen Systems.

Stadtplanung und wirtschaftliche Rezession

Ein besonders merkwürdiges Kapitel in der Weisung des Stadtrats an den Gemeinderat ist auch der Erwähnung wert: das Kapitel über die möglichen *Auswirkungen einer wirtschaftlichen Rezession* – schon fast ein Meisterstück politischer Demagogie. Da werden u. a. nämlich die folgenden düsteren Perspektiven aufgezeigt: «*Die Zahl der Arbeitsplätze würde nicht weiter zunehmen. Die Sorgen der Zürcher würden nicht wie heute dem Bremsen der Zahl der Arbeitsplätze gelten, sondern der Erhaltung der Arbeitsplätze.*»

Erstaunlich ist das: Da haben wir einen sich (immer noch verstärkenden) Trend, der bis zum Jahr 1985 die Stadt Zürich so weit bringen wird, dass ihre Arbeitsplätze mit Leuten *von ausserhalb des Kantons* besetzt werden müssen, weil auch das Pendlerpotential nicht mehr ausreicht, und der Stadtrat droht damit, dass die Stadtbevölkerung vielleicht einmal um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze fürchten müsse. Nun ist ja die Perspektive einer wirtschaftlichen Rezession leider durchaus nicht absurd, aber die Konsequenz des Stadtrats ist es reichlich: Es handelt sich ja keineswegs darum, sich *für oder gegen Arbeitsplätze* einzusetzen, sondern darum, ob diese *für die halbe Schweiz in Zürich angesiedelt sein müssen.* Was die Stadt Zürich durch ihre wasserkopfmässige Konzentration von Arbeitsplätzen für ihre Stadtbewohner eventuell gewinnen könnte, würde in andern Gebieten der Schweiz um so mehr fehlen.

Weiter schreibt der Stadtrat: «*Die Erfüllung der heute erstrebenswerten Wünsche sollte nicht mit einer allgemeinen wirtschaftlichen Rezession bezahlt werden müssen.*» *Dies bedeutet, dass sämtliche die Wirtschaft bremsenden Massnahmen mit Vorsicht zu handhaben sind.*» Darauf soll es also hinaus! Dem ist immerhin entgegenzuhalten, dass es *gerade die heutigen Fehlentwicklungen* sind, die sich in einer Krise katastrophal auswirken müssten: Das *Pendlerunwesen* mit seinem aufgeblasenen Verkehrsaufkommen und damit das Zersiedelungsunwesen, das oft kaum anders als privatverkehrsmässig, also sehr aufwendig, erschlossen werden kann; schliesslich auch das *Kleinwohnungsunwesen*, das ein «Zusammenrükken» der Bevölkerung, wie es der Stadtrat prophezeit, recht schwierig gestalten würde. Deshalb müsste der Gedanke an eine wirtschaftliche Rezession eher dazu verleiten, tiefgreifende Veränderungen in Angriff zu nehmen, und mitnichten dazu, den Dingen ihren Lauf zu lassen, wie uns dies der Stadtrat mit einem merkwürdigen Zynismus einzuflüstern versucht.

«Demokratisierung»

Unter dem Stichwort «*Demokratisierung der Planung*» rühmt sich der Stadtrat, von Anfang an den Weg der offenen Planung beschritten und die Ergebnisse der Arbeit des Teams Jürgensen laufend an öffentlichen Versammlungen diskutiert zu haben. Hier scheint eine Gedächtnislücke vorzuliegen: Die «*Beratungsgremien der Entwicklungskoordination*», in deren Kreis diese Diskussion stattfand, waren zwar einigermassen pluralistisch zusammengestellte *Klubs*, doch öffentlich waren diese Sitzungen mitnichten.

Besser dran als die «Oeffentlichkeit» war in dieser Hinsicht schon die *Zürcher City-Vereinigung*. Die Entwicklungskoordination der Stadt Zürich, in deren Rahmen das Jürgensen-Gutachten ausgearbeitet wurde, war einige Zeit *am Sitz dieses privatwirtschaftlichen Interessenverbands eingemietet.* Der Verdacht liegt nahe, dass durch diese «Standortgunst» Einflussnahmen auf das Gutachten vorgenommen worden seien. Dies scheint jedoch weniger zuzutreffen: Viel wichtiger ist für eine solche Wirtschaftsvereinigung die Möglichkeit, direkt *an der Quelle der Information* zu sitzen – und dies war durch diese Situation natürlich bestens gegeben. Andererseits beweist diese lokale Verknüpfung einmal mehr, wo die Beziehungen von und zu den Stadtbehörden am intensivsten sind: Es wäre doch undenkbar, dass die Entwicklungskoordination beispielsweise bei einem Mieterverein gesessen hätte.

Ins gleiche Kapitel gehört, dass das Jürgensen-Team, als ihm dann später ein Zimmer des Hochbauamtes zur Verfügung stand, zwischenhinein noch schnell zwei Aufträge für dieselbe City-Vereinigung und für die *Zürcher Handelskammer* erledigte.

Verwässerungen ...

Wenn schon von Demokratisierung der Planung die Rede ist, stellt sich auch das Problem der *Kommunizierbarkeit* eines solch umfangreichen Gutachtens: Es ist selbstverständlich, dass ein 600seitiger Bericht nur von einem sehr kleinen Kreis zur Kenntnis genommen werden kann. Da wäre eine vom Chef des Gutachterteams selber verfertigte *Kurzfassung* eine gute Möglichkeit, ein breiteres Publikum über die Arbeit zu informieren.

Fragt sich dann bloss, wie man das tut. Der Band 2 der Entwicklungskoordination, in dem diese «Kurzfassung» enthalten ist, verfolgt leider noch ganz andere Ziele. Nach dem Text der Weisung des Stadtrats konnten in Beratungen mit der Exekutive «*die ausgewählten Optionen noch verfeinert werden*». Was aber in diesem Band 2 vorliegt, ist gegenüber dem Grundgutachten (Band 3) konkret eher eine *Verwässerung*. Es gibt da nämlich recht krasse Unterschiede:

● Das Gutachten entwickelt die beiden ersten Optionen I und II (Optionen III und IV sind ja erst später hinzugekommen) folgerichtig von der Zielsetzung über Einwohner- und Beschäftigtenentwicklung zu den *entsprechenden Siedlungskonzeptionen*. Diesen Siedlungskonzeptionen werden wiederum die entsprechenden *Verkehrskonzepte* zugeordnet. Demgegenüber schüttelt Jürgensen in seiner Kurzfassung eine weitere Stegreifalternative aus dem Aermel, nur um auch noch *des Stadtrats Lieblingsverkehrskonzept mit U und (damals) Y* propagieren zu können. Dieser Scheinalternative (die nach der U-Bahn-Abstimmung dann wohl oder übel fallengelassen werden musste) ordnet er auch gleich die vermischten Verkehrserreichbarkeitszahlen der Optionen I und II zu, wobei grosszügig darüber hinweggegangen wird, dass den *verschiedenen Verkehrslösungen* von Option I und II ja auch *verschiedene Siedlungskonzepte* zugrunde liegen und somit die Erreichbarkeitswerte gar nicht vergleichbar sind. Die daraus zusammengestellten Tabellen sehen zwar imponierend aus, sind aber leider imaginär!

● Der Vorschlag des Gutachterteams für die Verkehrslösung der Option I umfasst neben einem *S-Bahn-System* auch ein *Kabinentaxi-System*. In der Kurzfassung heisst es jedoch, Untersuchungen hätten ergeben, dass dieses neuartige Verkehrsmittel noch nicht genügend ausgereift sei. (Anm. der Red.: ein gewisser Chefbeamter L., dem die U-Bahn fast alles bedeutete, sei da nicht ganz unbeteiligt gewesen.) Aber siehe da: Im neuesten Bericht (Band IV) taucht das Kabinentaxi plötzlich wieder auf!

... mit Hintergrund

Wie bereits erwähnt, erschien diese «Kurzfassung» *einen Monat vor der U-Bahn-Abstimmung*. Die Unterschiede zwischen Grundgutachten und «Kurzfassung» legen den Verdacht nahe, dass hier sehr zweckgerichtet geändert wurde: Es durfte aufgrund des Gutachtens nicht der Eindruck entstehen, dass irgendwelche Alternativen zur U-Bahn bestehen und diese unter Umständen gar nicht nötig sein könnte. Hier könnte auch der Grund liegen, weshalb der erste Teil des Grundgutachtens derart lange zurückbehalten worden ist.

Für die Leute, die zum Gutachten Stellung zu beziehen haben (dies betrifft in erster Linie die Mitglieder des Gemeinderats), wird es vonnöten sein, sich nicht nur anhand dieser manipulierten «Kurzfassung» und der Weisung des Stadtrats zu informieren. Trotz seinem grossen Umfang muss unbedingt das Gutachten selber beachtet werden, und zwar sowohl der Analyseteil wie die eigentlichen Vorschläge: Wie bei fast jedem Gutachten besteht auch hier eine Diskrepanz zwischen der Menge an aufgearbeitetem Material und dem, was davon schliesslich in die Vorschläge eingeflossen ist. (Bei dem früheren Gutachten des ORL-Instituts für die Stadt Zürich war diese Diskrepanz sogar total.)

Wenn sich jedoch die richtigen Leute dafür die Mühe nehmen, besteht die Möglichkeit, dass die teure Analysearbeit noch anderweitig ihren Nutzen trägt. Die Gefahr, dass das ganze Gutachten schubladisiert wird, besteht ohnehin (Professor Jürgensen scheint dieser Gefahr allerdings durch eine fast unbeschränkte «Flexibilität» entgegenohnehin. (Professor Jürgensen scheint seiner Weisung an den Gemeinderat deutlich genug angetönt, dass er den Weg des geringsten Widerstands zu gehen gedenkt.

Christoph Müller

Die Publikationen der Entwicklungskoordination Zürich

Band 1: «Arbeitskräftebedarf und Arbeitskräfteangebot in der Stadt Zürich», Juli 1972, ausgearbeitet von der PROGNOS AG in Basel und Prof. Bruno Fritsch von der ETHZ.

Band 2: «Vorschläge für ein Entwicklungsprogramm der Stadt Zürich», März 1973, von Harald Jürgensen. Dies ist die «Kurzfassung» des eigentlich früher geschriebenen Bandes 3 mit einigen gezielten Aenderungen.

Band 3: «Entwicklung der Stadt Zürich – Analysen – Trends – Programme», fertiggestellt im Juli 1972, erschienen aber erst im November 1973, von Harald Jürgensen, Peter Iblher, Gundel Iblher, Georg-Dietrich Jansen und Karl Zinell. Dieser Band enthält die Analysen des Ist-Zustandes, die Trendprognosen und die Optionen I und II.

Band 4: «Möglichkeiten einer Stabilisierung der Zürcher Stadtentwicklung», Dezember 1973, von Harald Jürgensen, Peter Iblher und Karl-Peter Schlüter. Dieser Band enthält die Optionen III und IV.

KfE-Vortragsreihe im Sommersemester:

Bildungspolitik in Entwicklungsländern

Warum diese Vortragsreihe?

Eine Arbeitsgruppe unserer Kommission hat sich in letzter Zeit mit der Problematik von *Bildung und Erziehung in Entwicklungsländern* auseinandergesetzt. Dabei wurde uns bewusst, dass, neben den wirtschaftlichen Beziehungen zu Industrieländern, die Bildungspolitik *einer der zentralen Punkte* der Entwicklungspolitik ist.

Damit sich der Mensch seiner eigenen Probleme und jener des Landes bewusst wird, ist eine Bildung notwendig, die von der Situation und deren Ursachen des Betroffenen und *nicht von der klassisch westlichen Bildung ausgeht.*

Kommission für Entwicklungsfragen
des VSETH
Voltastrasse 58
8044 Zürich

der Universität Zürich
Rämistrasse 66
8001 Zürich

Solange die Unterprivilegierten im Unwissen ihrer eigenen Situation gegenüber gelassen werden, solange wird nur eine kleine Oberschicht von unserer «Entwicklungshilfe» profitieren. Im ländlichen Proletariat und bei Slumbewohnern hat sich die «*Kultur des Schweigens*» durchgesetzt. Ein Zeichen der Resignation. Importierte Schulmodelle sind hier verfehlt. Neue Formen müssen gesucht und erprobt werden. Einen möglichen Weg zeigte uns *Paulo Freire* mit seiner *Alphabetisierungsmethode für Erwachsene.* Sein Ziel ist, den Menschen zu befreien und nicht zu konditionieren, wie es heute üblich ist, denn nur der befreite Mensch kann auf seine Wirklichkeit Einfluss nehmen.

Die Vortragsreihe soll auch Gelegenheit geben, unsere *eigene Bildungssituation* zu überdenken. In einer Zeit, wo vermittelter Lehrstoff und erlebte Wirklichkeit immer weniger übereinstimmen und wo Massenmedien die Informationsvermittlung der Schule immer mehr verdrängen, muss man sich fragen, ob das «Bildungsmonopol» unserer Schule noch gerechtfertigt ist.

Di., 30. April 1974 Dr. Karl Weber
Zusammenhang von Bildungswesen und politischem System

Di., 14. Mai 1974 Prof. Dr. Pierre Furter
Bildung und politische Entwicklung
(Am Beispiel der Hochschulfrage in Venezuela und Brasilien.) Ref. fr. / Disk. dt.

Di., 21. Mai 1974 Prof. Dr. F. K. Rothe
Bildungskonzepte der dritten Welt
(unter besonderer Berücksichtigung von Paulo Freire)

Di., 4. Juni 1974 Hr. Alex Melzer
Fernsehsatellit zu Erziehungszwecken – ein indisches Kuckucksei

Di., 11. Juni 1974 Frau Vanilda Paiva
Folgen westlicher Bildungsplanung für die dritte Welt

Di., 25. Juni 1974
Frau Dr. N. Zanolli und Hr. Dr. A. Bisaz
Bildungsprojekte in Tansania und Dahomey

Di., 2. Juli 1974
Podiumsgespräch
Leitung: Frau E. Michel-Alder
Teilnehmer:
Prof. Dr. Loeffler (Ethnologie)
Hr. Al Imfeld (Soziologie)
Dr. R. Stettbacher (Oekonomie)
Prof. Dr. Heintz (Soziologie)
Zeit: jeweils 19.15 Uhr
Ort: ETH HG F5
(Podium am 2. Juli im HG E7)

An jede Veransaltung schliesst sich eine Diskussion an!

Aenderungen des Programms und zusätzliche Veranstaltungen der KfE werden durch Flugblätter, WOBÜ und WOKA bekanntgegeben.

Kein Fest für die Arbeiter

Communiqué zum 1. Mai

Die *FBB*, die *Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft*, die *Colonia libera* sowie verschiedene *Sektionen der SP beabsichtigten*, am 1. Mai nach dem offiziellen Teil ein Fest auf dem *Lindenhof* zu organisieren. Ein entsprechendes Komitee reichte die notwendigen Bewilligungsgesuche zur Durchführung des Festes und Benützung des Lindenhofs ein. Die Erfahrungen, die dieses Komitee in der Folge mit den verantwortlichen Herren der Stadtverwaltung machte, beweisen einmal mehr, dass Feste für Arbeiter auch heute noch nicht selbstverständlich sind. Mit der vordergründigen Erklärung, der Lindenhof sei am 1. Mai durch eine Folkloregruppe im Rahmen der *Europawochen* belegt, wurde das Bewilligungsgesuch abgelehnt resp. auf den Entscheid des Stadtrates am 25. April verwiesen! Tatsache ist, dass die beiden Organisatoren der Europawochen, *Vitali* und *Bärlocher*, einstimmig erklärten, dass ein Fest die Veranstaltungen der Europawochen nicht tangiere, die Gewerbe- und Wirtschaftspolizei sowie das Gartenbauamt aber dennoch auf diesem Ablehnungsgrund beharrten. Einer der verantwortlichen Stadtverwaltungsbürokraten meinte allerdings auch, das Fest *könnte zu politisch sein:* Dass er damit die Begründungen seiner Kollegen entlarvte und deutlich den eigentlichen Grund der Nichtbewilligung verriet, trat damit klar zutage. Dennoch haben diese Herren nicht den Mut, die wirklichen Vorbehalte klar – und schriftlich – darzulegen, sie schoben vielmehr dem Stadtrat den «Schwarzen Peter» zu, indem dieser am 25. April die Angelegenheit entscheiden wird. Dass aber im Falle einer nachträglichen Bewilligung die kurze Zeitspanne von einer Woche für eine Organisation des Festes nicht mehr reicht, lässt den begründeten Verdacht aufkommen, dass die beliebte Verzögerungstaktik in der Stadtverwaltung wieder einmal zum Zuge kommt.

Im Namen der Initianten dieses 1.-Mai-Festes protestieren wir energisch gegen diese Politik, die verhindern will, dass der Arbeiter an seinem Tag festen darf!

Festkomitees der Frauenbefreiungsbewegung (FBB)
Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft, Fachgruppe Bildende Kunst
Colonia libera
Sektionen 1, 2, 6 und 7 der SPZ

ECHO

Leser meinen

«Lerninteresse» und der Streit um Dr. Schaufelbergers Berufung

«Die Schlacht am Schaufelberg(er)», zs Nr. 51/9, Februar 74

Was bedeutet das Kesseltreiben gegen die Berufung Dr. Walter Schaufelbergers als Extraordinarius? Es geht um die *Kriegsgeschichte* als umstrittenes Fach. Man kann Antimilitarist sein – mit oder ohne Begeisterung für revolutionäre Gewalt, befreiende Gewalt oder rote Armeen innerhalb und ausserhalb Europas. Man kann Gegner der Schweizer Armee sein – mit oder ohne den Hintergedanken, sie stehe der Entfaltung eigener Gewalt im Wege. Wo immer man aber politisch steht, wird man zugeben müssen, dass Krieg und Armeen die geschichtliche Entwicklung seit den Anfängen der Geschichte bis in die Gegenwart entscheidend beeinflusst haben. Ist das auch zu bedauern, so ist es doch weder zu übersehen noch zu bestreiten, und insbesondere nicht für die Geschichte der Schweiz, welche noch bis gestern aus Ueberzeugung eine «wehrhafte Schweiz» war. Kein Wunschdenken von Leuten, welche alles tun, um *heute* die «wehrhafte Schweiz» zu entwaffnen, kann in die *Vergangenheit* wirken und sie verändern.

Die Geschichte als Wissenschaft beschäftigt sich nun einmal aber mit ebendieser *Vergangenheit*. Und wer sich ihr zuwendet, mag noch so begeistert aus seiner ideologisch fixierten Sicht des Heute heraus werten – er wird, sollen seine Urteile Sinn haben, nach seinem besten Vermögen in Kenntnis des unverfälschten *Ganzen* urteilen müssen. Kenntnis des Ganzen als Grundlage der Wertung mag ein unerreichbares Ideal sein. Wer sich aber diesem Ideal verpflichtet fühlt, darf doch keinesfalls wissentlich und willentlich vor einem so bedeutenden Teilgebiet der Geschichte den Kopf in den Sand stecken, wie es nun einmal die Erforschung der Kriege und ihrer Ursachen, Abläufe und Folgen, der Armeen, des bewaffneten Angriffs und der bewaffneten Verteidigung in der Vergangenheit darstellt.

Auch die Friedens- und Konfliktforschung stünde auf schwachen Füssen, müsste sie auf die Erforschung kriegerischer Ereignisse verzichten. Sie würde bald dem bodenlosen Schwärmertum verfallen, den Kontakt mit der Wirklichkeit verlieren und nutzlos werden. Wie selbstverständlich ist doch das! Auch andere Wissenschaften können den Kopf vor dem Unangenehmen nicht in den Sand stecken, es nicht aus dem «Lerninteresse» ausschliessen. Man stelle sich Juristen vor, die mit Ekel die Behandlung von Kapitalverbrechen oder Wirtschaftsdelikten aus dem Bereiche ihrer «Lerninteressen» streichen würden. Oder Aerzte, die sich mit Abscheu vom Studium der Hautkrankheiten oder der Alterskrankheiten oder irgendwelcher anderer Teilgebiete ihrer Wissenschaft abwenden würden. «Lerninteresse» – ein fragwürdiger Begriff!

Auf die Beschaffenheit und Zusammensetzung des Gegenstandes seiner Betrachtung hat der politische Standort des Betrachtenden keinen Einfluss. Und so befreit sich auch die Geschichte kaum von der Kriegs- und Militärhistorie, weil es der linken Studentenschaft belieben würde.

Das «Lerninteresse der Studenten» versage sich der Kriegsgeschichte, hat es geheissen. Ja, ist die Geschichte denn ein Spielzeugkasten, und sind die Geschichtsstudenten die kleinen Kinder, welche von verschiedenen Spielsachen für die einen Interesse zeigen und die anderen liegenlassen dürfen? Das «Lerninteresse» gilt *der Wahrheit in der Geschichte*, ganz oder gar nicht. Denn aus der Vergangenheit lässt sich nichts herausbrechen. Nur: Die Wahrheit in der Geschichte war noch nie ein Anliegen von Radikalen und Extremisten.

Hier ist der Berührungspunkt der Themenkreise Kriegsgeschichte und studentische Mitbestimmung. Wohin führt eine Mitbestimmung durch Kräfte, die die Wissenschaft als *selektive Wahrheitsforschung* wollen, nach dem Grundsatz, dass «nicht sein *kann*, was nicht sein *darfs*? Mitbestimmung als Hebel zur Ideologisierung des Lerninhaltes und als Mittel zur Einnebelung von Wissen, das im doktrinären, mit revolutionärem Autoritarismus vermittelten Zerrbild der Wirklichkeit, in einer Propaganda-Wunschwirklichkeit keinen Platz findet? Mitbestimmung als «antiautoritäres» Machtmittel zur autoritären Festlegung ideologisch genehmer «Lerninteressen»? Um Geschichtsforscher-Ehrlichkeit durch politisiertes «Lerninteresse» etwa auf das Niveau sowjetischer Geschichtsschreibung über Stalin zu bringen?

Anm. der Redaktion: Es ging im fraglichen Artikel nicht in erster Linie um das Fach Kriegsgeschichte als solches, sondern darum, dass die von der Seminarkonferenz beschlossene Prioritätenliste gröblich missachtet wurde. Im weiteren ist offenbar die wissenschaftliche Qualifikation Schaufelbergers mehr als umstritten. Um so klarer scheint hingegen seine Rolle als Armee-Ideologe.

Für das Mitbestimmungsrecht der ETH-Studenten

Das Schweizer Volk hat 1969 das ETH-Gesetz, das keine Bestimmung über das Mitbestimmungsrecht der ETH-Hochschüler enthielt, verworfen. Infolgedessen will es dieses Mitbestimmungsrecht. Deshalb schlagen wir dem Verband der Studierenden an der ETH vor, sich mit den Vertretern unserer Parteien in Verbindung zu setzen, damit die eidgenössische Volksvertretung das gleiche Gesetz *samt Mitbestimmungsrecht* beschliesst.

H. Schwaninger, Lehrer, Zürich

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 30. April 1974
Inseratenschluss: 3. Mai 1974

SIE LESEN HIER DAS PROGRAMM
DER EVANGELISCHEN HOCHSCHULGEMEINDE

MOTTO:

Die Hoffnung auf bessere Zeiten
soll sich nicht als ein Gefühl,
sondern als ein Handeln in der Gegenwart zeigen.
Vincent van Gogh

Wir denken, dass wir mit diesem Programm ein paar Vorschläge dazu machen können.
Nur: Vorschläge sind erst wirksam, wenn sie aufgenommen und ausprobiert werden!

Was wir suchen:
freundschaftliches Miteinander,
mehr Phantasie,
gemeinsames Lernen in Gruppen,
eine Verbindung zwischen Nachdenken und Handeln.

Es geht uns darum, die gesellschaftlichen Zwänge und die eigene Begrenzung zu sehen und, wo es möglich ist, zu überwinden.

WO MAN UNS FINDET

Haus am Lindentor Hirschengraben 7, 8001 Zürich Tel. 32 87 55

MITARBEITER

Hans-Adam Ritter, Pfarrer
Voltastrasse 58, 8044 Zürich, Tel. 47 88 78
Elisabeth Ruh, Sekretärin
Eigenstrasse 22, 8008 Zürich
Hans-Ulrich Schmutz, Naturwissenschaftler ETH
Uesterstrasse 139, 8620 Wetzikon, Tel. 77 70 68
Kurt Straub, Sozialarbeiter
Schwellistrasse 9, 8052 Zürich, Tel. 50 14 29

ASSISTENTEN

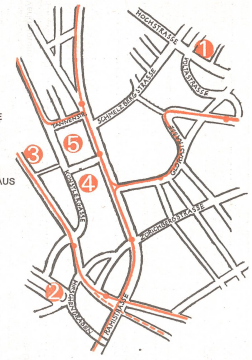
Monika Schindler, psych.
Guntram Rehsche, oec.
Werner Lüthy, el. ing.
Ines Löliger, oec.

STUDENTEN FOYER

In der Altstadt am HIRSCHENGRABEN 7 mit alten Balken und einer Kochecke für einen Kaffee mit Züri Zitig, Züri Leu, ohne AZ, aber mit Basler Nationalzeitung, Plattenspieler, Fensterbänken, bequemen Stühlen;

im Hochschulquartier an der VOLTASTRASSE 58 (Ecke Hochstrasse), helle Räume, Gartenvorplatz mit Stühlen, Küche, Räume für Arbeitsgruppen (man kann sie reservieren, Tel. 32 87 55, Kurt Straub verlangen), etwas empfindliche Nachbarn, sonst tolerant, geöffnet bis 22.30 Uhr.

1 FOYER VOLTASTRASSE
2 EHG
3 KATHOLISCHES AKADEMIKERHAUS
4 UNI
5 ETH



Büro der Arbeitsgruppe Dritte Welt:
Voltastrasse 58, 8044 Zürich, Tel. 34 26 98

SOMMERSEMESTER 1974

Wir arbeiten mit den Studentenseelsorgern P. Dr. A. Ziegler und P. J. Bruhin vom KATHOLISCHEN AKADEMIKERHAUS zusammen.

Hirschengraben 86, 8001 Zürich
Telefon 47 99 50

Wir weisen auch auf die Aktivitäten der STUDENTENBIBELGRUPPEN hin.

Auskunft:

ETH Hansueli Neuhaus, Dillileeweg 10
8700 Küsnacht, Telefon 90 48 67

UNI Brigitte Rohner, Jugendwohnheim Oase, Freiestrasse 38, 8032 Zürich
Telefon 32 47 92

BERATUNG

Hans-Adam Ritter, Hansueli Schmutz und Kurt Straub stehen zur Besprechung persönlicher Fragen gerne zur Verfügung.

Kommen Sie im Büro vorbei oder vereinbaren Sie telephonisch ein Treffen: Hirschengraben 7, Tel. 32 87 55.

Ausführliches Programm mit den Aktivitäten der EHG auf Seite 6.

Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Unsere Spezialgebiete:
Mathematik
Physik
Chemie
Geologie
Mineralogie
Geographie
Astronomie
Zoologie
Botanik
Biologie
Landwirtschaft
Elektrotechnik
Datenverarbeitung
Maschinenbau
Bautechnik
Wirtschaft

Freihofer AG
Buchhandlung für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich
Universitätstrasse 11
Tel. 47 08 33/ 32 24 07

Psychologische Praxis

Eröffnung
Dietmar Näscher, lic. phil.

Nach meinen Studien in theoretischer und klinischer Psychologie, Psychopathologie und Philosophie habe ich meine psychologische Praxis eröffnet.

Allgemeine psychologische Beratung und Therapie:

Einzel- und Gruppenbehandlung
- Gesprächspsychotherapie
- Encounter Group
- Sensitivity Training

Universitätstr. 23, 8006 Zürich

Sprechstunde nach Vereinbarung
Tel. 32 57 95

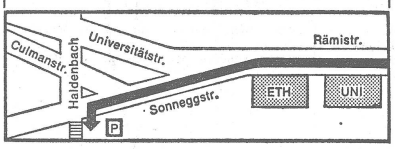
Taschenbücher!!!

rororo. Fischer. Heyne. Ullstein. Goldmann. Knaur. Suhrkamp. dtv.

Wir haben alle.

Uebrigens: Wir machen immer noch Fotokopien. Für 20 Rappen.

Hier:



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.

Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 9.00–18.30 durchgehend; Samstag 9.00–13.30

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Bäggli-Hotels AG

Marktgasse 17, Tel. 34 15 30
Hotel Rothus, 8001 Zürich

Restaurant Golden Bar, 1. Stock

Sehr preiswerte, gutbürgerliche Küche. Tellerservice ab Fr. 4.80 und à la carte.

Bücher aus allen Wissensgebieten

Wir pflegen besonders
Technik, Betriebs- und Wirtschaftswissenschaft, Kunst und Architektur

Buchhandlung zum Elsässer
Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47 / 32 16 12

APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH
Dr. Peter Eichenberger-Häfliger
Universitätsstrasse 9 Tel. (01) 47 32 30

PHARMA TIP: Vorsicht bei Naturerlebnissen: Seelenwärme ersetzt nicht die warme Kleidung, falls Ihre Frühlingsgefühle der Wettersituation einige Grade voraus sind. (Mittel gegen Erkältung sind in der Apotheke das ganze Jahr erhältlich.)

Perfekt maschinenschreiben in nur 10 Lektionen

Scheidegger
Europas grösstes Weiterbildungsinstitut führt demnächst — NEU — in Zürich

Studenten-Intensivkurse
mit angepasstem Lehrprogramm durch.

— Reduzierte Kursdauer
— Reduziertes Kurshonorar
— Modernste, audiovisuelle Lehrgeräte und Lehrwerke
— Eine Schreibmaschine wird für die ganze Kursdauer zur Verfügung gestellt.

Kursbeginn: Mitte Mai.

Kurszeiten nach Vereinbarung: tagsüber oder abends.

Auskunft und Anmeldung:

SCHEIDEGGER, Maschinenschreibschule
Stampfenbachstrasse 69, 8035 **Zürich**
Telefon (01) 28 94 97

In der

Studentinnen-Kinder-Krippe, Universitätsstrasse 15,

sind noch Plätze frei.

Studentinnen, Assistentinnen, Akademikerinnen

können Ihre Kinder vormittags oder nachmittags während vier Stunden in dieser modern geführten, repressionsfreien Krippe betreuen und fördern lassen.

Die Krippe nimmt Kinder im Alter von **1½ bis zu 5 Jahren** auf.

Anmeldung und Auskünfte in der Krippe.

Theater am Neumarkt

Aus dem Spielplan April bis Juni:

20.—23. Mai und 22.—29. Juni
Die berühmte Geschichte des Ritters vom flammenden Stössel
von Francis Beaumont
Fassung des Theaters am Neumarkt
Während der Vorstellung Gelegenheit zu essen, zu trinken, zu rauchen und über uns und Sie zu lachen.

29. April bis 4. Mai, 9.—11. Mai und 24. Mai—1. Juni
Die Kesselflickerhochzeit
von John M. Synge

23.—27. April, 13.—17. Mai und 3.—11. Juni
Uraufführung
Die Unvernünftigen sterben aus
von Peter Handke

6.—8. Mai Gastspiel:
Nach Internationalen Erfolgen wieder in der Schweiz:
Mummenschanz
mit Andres Bossard, Floriana Frassetto und Bernie Schürch

13.—15. Juni Gastspiel:
Théâtre Mobile, Genf
Foutue Histoire
Revolutionsgeschichte Genfs von 1788—1795

19. und 21. Juni Gastspiel:
«Gzarbtes» (Clownerien)
von und mit Franz Josef Bogner

20. Juni Einmaliges Gastspiel:
Lilly Greenham liest «konkrete poesie»

Mit Legi 50% auf allen Plätzen, Montag bis Mittwoch sogar zwei Karten auf eine Legi. Spieldaten siehe Tagespresse. Vorverkauf Tel. 32 44 88.

Bei frühzeitiger Anmeldung sind Einführungen oder Diskussionen mit dem Ensemble für geschlossene Gruppen möglich. Nähere Auskunft Tel. 32 18 18.

Vorverkauf täglich ab 15 Uhr:
Neumarkt 5 oder Tel. (01) 32 44 88

transteam ag
Temporär- u. Dauerstellen
Rämistr.50, 8001 Zürich 01 47 60 88

Der **«zürcher student»** erreicht 17 000 angehende Akademiker sowie Assistenten, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter beider Hochschulen.

jedermann kann blind maschinenschreiben lernen

...in nur 14 Stunden!

ZEHNFINGER SYSTEM

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen

Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h. Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause. Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse. Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

Gratis-Demonstration
jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h
jeden Mittwoch 16.00 h

SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG
Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-27 15 00

Abonniere(n Sie) den

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule

Studium beendet? Längeres Praktikum? Nicht regelmässig an der Hochschule? Oder sonstwie interessiert? mit **konzept**

Für 18 Franken im Jahr kann man den «zs» samt «konzept» abonnieren. («konzept» allein siehe Talon dort.)

Nebst dem **Geschehen an den beiden Zürcher Hochschulen** befasst sich der «zürcher Student» auch mit **aktuellen lokalpolitischen Themen** (da ja auch Studenten nicht losgelöst vom städtischen Kontext leben) — alternative Informationen, die in den Tageszeitungen vielleicht zu kurz kommen.

So behandelte der «zs» die Besetzung der **Hegibach-Häuser** aus der Sicht der Bewohner, berichtete über skandalöse **städtische Bodenpolitik** zugunsten der Wirtschaft an den Beispielen **STR Wollishofen** (ITT-Unternehmen Standart) und **Bärengasse** (Bankgesellschaft). Der «zs» publizierte eine Untersuchung über die **Entwicklungshilfe** der Zürcher Gemeinden, befasste sich zweimal ausführlich mit der **U-Bahn** usw.

Abonnemente laufen jeweils bis Februar. Die nächsten 8 Nummern bis Februar 75 (10 × «konzept») kosten Fr. 17.— (Ausland Fr. 19.—).

Herr/Frau/Frl. (Nichtzutr. streichen)

Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Abonniert ab sofort «zürcher student/konzept» bis Febr. 75

Beruf _____ Datum _____

Einsenden an «zürcher student», Rämistr. 66, 8001 Zürich. (52/1 17.—)

Schicken Sie bitte Gratis-Probenummern an folgende(n) Bekannten:

Tanzen als Hobby

- Hast Du genug vom Konditionstraining, möchtest Dich aber gleichwohl sportlich betätigen?
- Hast Du die Nur-Beat-Welle auch satt?
- Möchtest Du — im Zeichen der Nostalgie — den Tango, English Waltz etc. lernen oder schwärmst Du mehr für die lateinamerikanischen Tänze (Rumba, Samba, Cha-Cha-Cha, Jive)?

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bei genügendem Interesse zusammen mit Dir an den Hochschulen einen Tanzklub zu gründen, in dem Du Tanzen als Hobby oder bei grösserem Interesse auch als Sport betreiben kannst.

Gedacht sind: Anfänger- und Fortsetzungskurse, Trainingsabende und je nach Bedürfnis weitere Anlässe.

Fühlst Du Dich angesprochen, so melde Dich unverbindlich bei Tel. (01) 32 29 69 oder schriftlich bei:

H. Vettiger, Wartstrasse 6, 8032 Zürich. Wir werden Dich dann zu einer Orientierungsveranstaltung einladen, in der das weitere Vorgehen besprochen werden soll.

Mensa-Preisaufschläge an ETH und nun auch an der Uni

Konsumentendilemma im Exzess

Die Mensa-Preise sind auf einen neuen Rekordstand geklettert. Seit November 1972 sind die Menü-Preise für Studenten um 44% angehoben worden. Diese Preisentwicklung übertrifft die durchschnittliche Teuerung in der gleichen Periode ganz massiv (der Konsumentenpreisindex ist ca. 15% angestiegen).

Der Student reiht sich, was die Inflation betrifft, in andere soziale Randgruppen ein, die von der Inflation ganz besonders getroffen werden: beispielsweise die AHV-Bezüger, Rentner oder alle ohne feste Einkommen. Alle andern gesellschaftlichen Gruppen werden von der Inflation weniger betroffen. Bei den Arbeitern und Angestellten wird normalerweise die Teuerung ausgeglichen. Sie werden «nur» insofern betroffen, als ihre berechtigten Forderungen nach höheren Löhnen gleich wieder aufgefressen werden. Und all jene, die dank ihrem Kapital über Produktivmittel verfügen, können von der Inflation direkt profitieren, indem sie einerseits die Teuerung über ihre Produkte auf die Konsumenten abwälzen, andererseits ihre Verschuldung auf kaltem Weg aus der Welt schaffen.

Die Erkenntnis, dass die Inflation grundsätzlich ungerecht ist, ist sicher nicht neu. Wenn man vom gesamtschweizerischen Klagen über die Inflation ausgehen würde, müsste sie eigentlich schon längst verschwunden sein. Dass sie aber munter weiterfloriert, kann nur mit der besonderen gesellschaftlichen Situation der Betroffenen erklärt werden.

Konsument im Nachteil

Wir haben gezeigt, dass die Inflation letztlich den *Konsumenten* trifft. Der *Produzent* (inklusive Arbeiter und Angestellte) kann sich normalerweise schadlos halten. Dem Konsumenten will dies – und zwar auf der ganzen Welt – offensichtlich nicht gelingen. Ein Erklärungsmodell dieses «Versagens» ist die *mangelnde Konfliktfähigkeit der Konsumenten*. Der Konsument ist nicht in der Lage, seine Interessen durchzusetzen, weil er kaum in der Lage ist, sich zu organisieren. Dem Konsument fehlt eine eigentliche Statusgebundenheit, das heisst die Tatsache, Konsument zu sein, gibt einem noch keine Gruppenzugehörigkeit. Als weiterer Nachteil muss der Konsument anerkennen, dass ihm das Mittel der *Leistungsverweigerung* fehlt, wenigstens über längere Zeit und bei wesentlichen Konsumgütern.

Was für den Konsumenten ganz allgemein zutrifft, gilt auch für den Studenten und Mensabenützer. Eine Leistungsverweigerung – hier der Verzicht auf das Essen in der Mensa – kann höchstens dem Studenten selber schaden. Der Kanton als Rechnungsführer kann so sicher nicht in die Knie gezwungen werden. Ob aber die Mensabenützer überhaupt zu einem solidarischen Verhalten bewogen werden könnten, ist mehr als fraglich. Denn normalerweise sind auch beim Studenten nur die üblichen Konsumentensymptome erkennbar: man lässt seinen Unmut an der Kassierin aus, die für die ganze Angelegenheit nicht mehr verantwortlich ist als der Konsument selbst.

Der Student ist zwar besser organisiert als der Konsument an und für sich. Jeder Student ist der Studentenschaft angeschlossen. Er wird somit durch eine repräsentative Vertretung seine Interessen vorbringen können (was auch gemacht wurde: Vgl. Chronologie der Mensapreiserhöhung). Der Vorteil der Organisation ist, dass ein Handeln schon möglich ist, bevor die Entscheidungen gefallen sind.

Während der ganzen Verhandlungszeit im Zusammenhang mit der Preiserhöhung waren die Wünsche der Studentenseite klar. Nur dass die Wünsche nicht Wünsche bleiben, dafür konnte die Vertretung nichts ausrichten. Denn der Gegenseite, hier dem Regierungsrat, ist die schwache Position der Konsumentenseite selbstverständlich bekannt. Dass eine Aktion über den Bereich der Mensa hinauswachsen würde (und damit für den Kanton irgendwie schädlich wirken könnte), wurde als praktisch unmöglich eingestuft.

Unabwendbares Schicksal?

Muss der Student also solche Entwicklungen einfach hinnehmen? Die Antwort lautet nein. Es gibt einige Möglichkeiten, die Interessen besser zu wahren:

● Nur eine *Studentenschaft mit grossem Solidaritätspotential* wird bei solchen Verhandlungen wirklich ernst genommen. Für den Einzelstudenten heisst das, dass er eben nicht nur bei einem Aufschlag an eine Interessenvertretung denkt, sondern diese laufend durchführt.

● Ein wichtiger Ansatzpunkt muss die Inflation selber sein. Es gilt, *aktiv* die Konsumenteninteressen zu vertreten. Nicht im Alleingang, sondern mit den andern sozialen Randgruppen und den Konsumentenorganisationen zusammen. Warum nicht in einer Partei den Konsumentenstandpunkt aktiver vertreten?

● Eine Möglichkeit, dem Inflationsdruck auszuweichen, sind die *Stipendien*. Ein gezielter Einsatz für bessere Stipendien kann eine Erleichterung bringen. Hier kann die Studentenschaft als Organisation mithelfen: wir können dir Unterlagen, unsere Druckerei und viele Dienstleistungen erbringen. So kann auch eine grosse Ungerechtigkeit gegenüber Studenten mit ausserkantonalem Wohnsitz etwas bereinigt werden. Denn es gibt viele Studenten, die von ihrem Heimatkanton weit unter dem Existenzminimum gehalten werden. Ein solidarisches Vorgehen solcher Stipendienbezüger mag vielleicht eine Besserstellung bringen.

● Arbeitet mit am *Lausanner Modell*. Das Lausanner Modell könnte in kürzester Zeit eine gesamtschweizerische Gleichstellung aller Stipendienbezüger bringen, aber nur, wenn sich die Studenten in der im Herbst stattfindenden Volksabstimmung auch wirklich einsetzen. Die Studentenschaften und der VSS planen eine Kampagne. Es braucht aber in jedem Kanton Leute, die die Basisarbeit dann auch ausführen.

Sicher bleiben einem bei diesen Alternativmöglichkeiten viele Unmutsgefühle. Denn sie lösen das Problem nicht: der Menüpreis wird auf 3.60 Fr. bleiben. Der Student kann sich dem Konsumentenschicksal nicht entziehen. Einmal mehr zeigt sich, dass gesellschaftliche Probleme nur gesellschaftlich gelöst werden können. Mit einem entsprechenden Engagement.

KStR

Chronologie der Mensa-Preiserhöhung

Nov. 73: Die Studentenvertreter in der Mensakommission (Mebeko) und der KStR erfahren von der sich verstärkenden **defizitären Wirtschaftslage der Mensa**, die vom Frauenverein in Pacht betrieben wird. Eine Sondersitzung der Mebeko wird auf Betreiben der Studentenvertreter einberufen.

Dez. 73: Die Mebeko setzt an der Sitzung vom 13. 12. eine Subkommission ein, die die drohende **Preiserhöhung** und die **Kalkulation** des **Frauenvereins** genau **untersuchen** soll.

Der VSS führt eine Umfrage durch bezüglich der Preissituation an allen schweizerischen Hochschulmensen.

Von Studentenseite werden Kontakte zur ETH und zu den Studentenvertretern in der **ETH-Mensakommission** geknüpft. Man unterstützt sich gegenseitig.

Jan. 74: 8. 1.: Auf eine erste informelle Anfrage, ob der Kanton (ähnlich wie der Bund) zur **Subventionierung** bereit sei, gibt Erziehungsdirektor Gilgen negativen Bescheid.

28. 1.: Die Mebeko setzt die Preise für das SS 74 **ohne Zustimmung der Studentenvertreter** auf **Fr. 3.40** fest. Vom Kanton wird die Uebernahme des Defizits bis zum 16. 4. gefordert (ca. Fr. 125 000.–).

Febr. 74: 7. 2.: Der GStR fordert in einer Resolution vom Kanton die Subventionierung der Mensa.

19. 2.: Vertreter der Mebeko (Prof. Peyer und Somogy) sowie der KStR sprechen bei **Erziehungsdirektor Gilgen** vor. Dieser lehnt sowohl eine Subventionierung als eine Uebernahme des Defizits ab.

21. 2.: Auf Antrag des KStR schickt das **Büro** des **Senatsausschusses** Erziehungsdirektor Gilgen einen Brief, in dem die Forderung der Mebeko auf volle Deckung des angelaufenen Defizits unterstützt wird.

22. 2.: Die ETH-Mensakommission beantragt Menüpreise von Fr. 3.10. Die Preise sind hier so tief, weil der **Bund ca. Fr. 600 000.– Subventionen** auszahlt.

28. 2.: Der KStR wiederholt in einem Brief an Erziehungsdirektor Gilgen seine Forderung nach Subventionierung, damit gleiche Preise wie an der ETH möglich werden.

März 74: 1. 3.: Erziehungsdirektor Gilgen versucht in einem Gespräch mit ETH-Präsident Ursprung eine **Preisanpassung zwischen Uni und ETH** nach **«oben» zu erreichen.** Die ETH hält aber an Fr. 3.10 fest.

21. 3.: Der KStR spricht nochmals bei Erziehungsdirektor Gilgen vor. Dabei wird mitgeteilt, dass die **Mensaführung durch den Kanton** auf **eigene Rechnung übernommen** wird (wobei der Frauenverein die Arbeit im Auftragsverhältnis durchführt). Die Preise werden somit durch die ED festgelegt **(Ausschaltung der Mebeko).** Subventionen sind keine vorgesehen.

April 74: 2. 4.: Nach einer Auskunft der ED kostet das Menü vom 16. 4. an Fr. 3.60.

4. 4.: Der KStR beschwert sich gegen diese Preiserhöhung bei **Preisüberwacher Schürmann.**

16. 4.: Das Konsumentenschicksal tritt einmal mehr ein: die Preiserhöhung wird Wirklichkeit.

Gilgens Kritik-Abfuhr

bs. In der ETH-Mensa kostet das Menü mit Legi 50 Rappen weniger, nämlich 3.10 Fr. Erziehungsdirektor Gilgen hatte vergeblich versucht, die ETH-Leitung für höhere Preise zu gewinnen, im Sinn einer Anpassung nach oben (siehe «Chronologie»). Die ETH-Mensa kann billigeres Essen abgeben, weil sie vom Bund subventioniert wird. Wie Gilgen an einer Pressekonferenz vom 18. 4. bekanntgab, wird der Zürcher Regierungsrat den Bund auffordern, diese direkte Subventionierung abzustellen, da sie angesichts der Finanzlage des Bundes «befremdlich» sei.

Am Mittag des 19. April führte der KStR eine Mensa-Aktion gegen die übersetzten Preise durch. Vor der untern Mensa wurden Würstchen mit Brot für 1 Fr. sowie Gratisbier abgegeben, mit dem Erfolg, dass der Frauenverein nur 400 Mittagessen statt rund 1200 verkaufen konnte.

In der Mensa oben hing ein Pavag-Kehrichtsack mit der Anschrift:

«Kritik an der neuen Mensaordnung zuhanden des Regierungsrates.

Wenn der Sack voll ist, bitte zuschnüren und an die Strasse stellen, Sie ersparen dem Regierungsrat Mühe und Arbeit.»

zs-Ahnengalerie: der neue Kleine Studentenrat

Heini Schäfer, 1949, jus 10. Sem., Präsident, Universitäres, LSZ
Paul R. Lehmann, 1947, oec. und math., 16. Sem., Quästor, LSZ
Esther Baumann, 1950, jus 10. Sem., Basis und Kultur, LSZ
Adrian Stahel, 1951, jus 6. Sem., Soziales, LSZ
Rölf Mötteli, 1948, hist. 4. Sem., Information, unabh.

Neues Hausrecht an der Uni

Der Betriebsablauf der Universität wird durch zwei Reglemente vorbestimmt. Ursprünglich genügte für die universitäre Ordnung die *Hausordnung aus dem Jahr 1914*. Sie bestimmte unter anderem, dass die Universität an Sonn- und Feiertagen geschlossen bleibe, dass das Betreten der Hörsäle über Mittag verboten sei (welch schöne Zeit!), dass die Fenster beim Oeffnen zu befestigen seien (bei starkem Wind dürfen sie von den Studenten überhaupt nicht geöffnet werden), dass jedes unbefugte Manipulieren mit den Beleuchtungskörpern untersagt sei und dass das Mitbringen von Hunden in die Universität nicht gestattet sei.

Dass diese Hausordnung der neuen politischen Dimension studentischer Tätigkeit nicht gewachsen war, ist einleuchtend. Denn für die Studenten sind nicht die Modalitäten des Fensteröffnens oder die Diskriminierung der Tierart Hund wichtig, sondern die Fragen nach der *Hörsaalbenützung* und der *politischen Tätigkeit* (Flugblätter, Informationsstände).

In diesen Fragen gingen die Meinungen sehr schnell auseinander, als die Studenten darauf verzichteten, Hörsäle nur für die Vorbereitung von Fackelzügen und für Ehrungen grosser Professoren zu beanspruchen. Die Kritik an der Universität und parallel dazu die Gesellschaftskritik konnten von der Universität und den Behörden nicht durch ein grosszügiges Bereitstellen universitärer Einrichtungen honoriert werden. So beschloss man in der Erziehungsdirektion (nach der antikapitalistisch-antifaschistischen Woche im Sommer 1971), als Gegenmassnahme ein *Notrecht* einzuführen, das vielzitierte *Regulativ*. In diesem Werk steht nichts mehr von den Fenstern, dafür finden sich undefinierte Begriffe wie *«agitatorisch-provokativ»*, *«Propoganda im Rahmen akademischer Auseinandersetzungen»*, *«akademische und kulturelle Veranstaltungen»* usw.

Im ganzen Regualtiv wird weniger eine Hausordnung postuliert als durch möglichst viele unklare Bestimmungen dafür gesorgt, dass notfalls die Möglichkeit besteht, unliebsame studentische Aktivitäten zu verbieten. Für die Studenten ergibt das eine Rechtsunsicherheit, weil man immer auf den guten Willen der Regulativ-Interpreten angewiesen ist.

Diese Ausgangslage hat dazu geführt, dass (auch von studentischer Seite) der Ruf nach einem neuen Hausrecht (das den Namen auch verdient) immer wieder vorgebracht wurde. Ziel der neuen Ordnung sollte sein, einerseits die überalterte Hausordnung dem heutigen Betrieb anzupassen, andererseits den Spielraum der studentischen Tätigkeit auf kulturellem *und* politischem Gebiet möglichst weit auszudehnen. Kriterien für eine Einschränkung sollten nicht inhaltlicher Natur sein, sondern beispielsweise die Verfügbarkeit der Räume, eine allfällige Störung des Unterrichts usw.

Inzwischen liegt für die universitäre Oeffentlichkeit ein *Entwurf für ein neues Hausrecht* vor. Er soll sowohl die alte Hausordnung wie das Regulativ ersetzen. Der Entwurf ist zur Vernehmlassung freigegeben. Die Frist für allfällige Eingaben läuft bis zum *27. Mai 1974*.

Inhaltlich werden wir den Entwurf später würdigen. An und für sich bringt er sicher einen grösseren Spielraum. Nur kann auch er das Dilemma nicht beseitigen, dass eine Regelung eben nicht allen Wünschen gerecht werden kann, weil immer auf den Durchschnitt abgestellt werden muss. Der gesunde Menschenverstand anstelle modifizierten Rechts würde eigentlich genügen, vorausgesetzt, er könnte bei der Universitätsverwaltung und der Erziehungsdirektion immer vorgefunden werden. Die Entstehung des Regulativs hat das Gegenteil leider bereits bewiesen.

Paul R. Lehmann, KStR

PS: Der Entwurf einer neuen Hausordnung kann auf der Studentenschaft, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, bezogen werden.

uni

Wie geht es weiter mit der Mitbestimmung?

Sicher ist die Urabstimmung über einen allfälligen Rückzug der studentischen Vertreter in den Fakultäten noch nicht ganz aus dem Gedächtnis verdrängt. Die Studenten haben Ende Wintersemester – mit geringer Stimmenzahl – beschlossen, die Fakultätsstudentenschaften sollten ihre Vertreter nicht weiter in die Professorenfakultäten entsenden. Ob ein Rückzug erfolgt, müssen nun die Fakultätsstudentenschaften beschliessen.

Inzwischen ist die Mitspracheangelegenheit einen Schritt weitergekommen. (Man verwechsle das «weiter» bitte nicht mit «vorwärts».) Die Fakultäten sollen sich bis zum 27. Mai 1974 zur Vorlage der Hochschulreformkommission äussern. Diese bringt den Studenten zwar nicht viel, macht ein weiteres Verbleiben in den Fakultäten aber möglich, weil der Negativkatalog (Ausschluss von Studenten bei bestimmten Geschäften) ein gutes Stück eingeschränkt werden soll. Damit wäre endlich das leidige Informationsmonopol der Dozenten praktisch aus der Welt geschafft – ein Vorteil, der sich auf Berufungen auswirken müsste.

Nach den Fakultäten wird sich der Senatsausschuss nochmals zur Vorlage äussern. Er wird vermutlich die undankbare Aufgabe bekommen, das professorale Scherbengericht so weit zu kitten, dass es dem Senat Ende Semester nochmals zur Zerstörung überlassen werden kann.

Mit den Fakultäten werden sich auch die studentischen Vertreter in diesen Gremien mit der Vorlage befassen müssen. Die Studentenseite hat somit wieder einmal Gelegenheit, grundsätzlich über die Mitbestimmungsfrage zu sprechen – eine Gelegenheit, die man sich nicht entgehen lassen sollte. Eine gute Vorbereitung (wir stehen selbstverständlich zur Verfügung) der Sitzung ist aber unbedingt nötig.

Vermutlich wird die Debatte in den Fakultäten auch in der Frage klärend wirken, was von der heutigen Mitsprache noch erwartet werden kann.

Paul R. Lehmann, KStR

ECHO

Militärisches

Da auf 1. 1. 74 das Kommando der Felddivision 6 neu Herrn *Oberstdivisionär Seethaler* übertragen wurde, kennt er leider Ihren «zürcher studenten» nicht. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns eine Probenummer zukommen lassen könnten.

Kommando Felddivision 6

Soeben festgestellt

Wir erhalten regelmässig zwei Exemplare Ihrer Ausgabe «zürcher student» (gratis, Red.) – eines an die Direktion, das andere an die Information gerichtet. Das ist, wie wir soeben feststellen, ein Exemplar zuviel.

Radio der deutschen und rätoromanischen Schweiz

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
das Sortiment mit der klaren Konzeption und dem grossen Laden

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

POLARISIERUNG

Referate und Diskussion, veranstaltet zusammen mit dem Evangelischen Tagungs- und Studienzentrum Boldern

Ort: Kirchgasse 11 (Grossmünsterkapelle, jeweils 20.00 Uhr)
Eintritt: Fr. 4.—; AHV + Legi 2.—

Wie entsteht Polarisierung? Wer verursacht sie? Wer ist betroffen? Die Ideologen, die gesellschaftlichen Verhältnisse? Die Aufbegehrenden oder die Machtinhaber? Die Linken? Die Rechten? Die schweigende Mehrheit? Ist Polarisierung lähmend? produktiv? notwendig? überwindbar?

14. 5. Di — mit B. BÜRCHER, Mitarbeiter ORL; Prof. R. JAGMETTI ETH; Dr. J. KAUFMANN, Stadtrat. Polarisierung aufgezeigt an der Debatte über das BODENRECHT.

20. 5. Mo — D. ECK, Psychologe; Polarisierung PSYCHOLOGISCH interpretiert.

28. 5. Di — Dr. iur. H. GEISSBÜHLER, Theologe, Schweiz. Vereinigung für Landesplanung; Polaritäten in der PLANUNG.

11. 6. Di — mit Prof. T. LEUENBERGER, Politologe, HSG, u. Prof. A. MUSCHG, ETH. DAS MC-CARTHY-SYNDROM oder wie man politisch miteinander redet, wenn man nicht mehr miteinander spricht.

Schlussgespräch mit Referenten und Gästen am Freitag, den 14. Juni, 18.00 bis 22.00 Uhr, im Foyer Voltastrasse 58.

21./22. Juni 1974

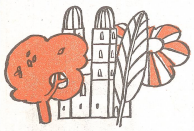
UMWELTKRISE – EIN SCHLAGWORT ZUR VERSCHLEIERUNG DER VERTEILUNGSKRISE

Kritische Beleuchtung der Diskussion um die «Grenzen des Wachstums», veranstaltet zusammen mit Boldern.

These: Primär ist die Forderung, die politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu verändern. Energie und Rohstoffe müssen primär anders verteilt und nicht im Sinne einer erweiterten Umwelttechnologie «besser» verwertet werden.

Prof. JOHAN GALTUNG (Friedensforscher, Oslo) und Prof. BRUNO FRITSCH (Oekonom ETH) sprechen am 21. Juni an der ETH (Hauptgebäude) über: «WACHSTUMSKRISE UND MACHTPOLITIK».

Am 22. Juni diskutieren wir im Foyer Voltastr. 58 mit engagierten jungen Wissenschaftlern über mögliche praktizierbare ALTERNATIVEN.



Samstag, 4. Mai 1974

FRÜHJAHRSBUMMEL DURCH DIE ZÜRCHER ALTSTADT

Mit F. ILLI, Sekundarlehrer
Treffpunkt: 15.30 Uhr Haupteingang Uni (18.00 geselliger Abend)
Fondue – Tanz – Unterhaltung; Kosten Fr. 5.—

GOTTESDIENSTE

- Sonntag, 28. April, 11.15 Uhr, in der Wasserkirche
UEBERLEGUNGEN ZU GOLIATH
Gast: HILDEGARD GOSS-MAYR, Internationaler Versöhnungsbund
- Sonntag, 23. Juni, 11.15 Uhr, in der Wasserkirche
DER UNERNST DES LEBENS (oder: Was des Kaisers ist)
- Freitag, 5. Juli, 19.00 Uhr, im Foyer Voltastrasse 58
SCHLUSSFEST UND GOTTESDIENST

In der Wasserkirche finden vom 28. April bis zum 30. Juni um 11.15 Uhr Spätgottesdienste statt. Sie werden von Theologen und andern Fachmitarbeitern vorbereitet, die auf Boldern und in den gesamtkirchlichen Diensten (Erwachsenenbildung etc.) arbeiten.

Thema: MACHT – OHNMACHT
Stil: mehr Phantasie, weniger Routine.

MEDITATIVE PFINGSTEN

Waadtländer Jura
1. bis 4. Juni 1974

- Entspannungsübungen
- schöpferisches Gestalten
- Meditation von Bildern und Texten

Es wird sich um erste Schritte in die Meditation handeln. Jeder Mensch macht meditative Erfahrungen. Wir müssen nur üben, das Verstreute aufzunehmen und zu verbinden. Religiöses und Weltliches sollen nach unserer Meinung nicht getrennt werden. Jeder Teilnehmer ist frei, dort anzuknüpfen, wo er leichteren Zugang findet.

Zur genaueren Abklärung und Vorbereitung trifft man sich am 6. Mai, 20.00 Uhr, im Foyer Voltastrasse 58.

SCHWEIZERISCHE SOMMERUNIVERSITÄT 74

WERKSTÄTTEN DER ZUKUNFT

Veranstaltet vom MECS (mouvement des étudiants chrétiens en Suisse) vom 2. bis 14. September 1974 in SAAS GRUND.

Um nicht zu Werkzeugen der heutigen Gesellschaft zu werden, versuchen wir 2 Wochen lang in Arbeitsgruppen an möglichen Veränderungen zu arbeiten:

- Alternative Erziehung
- Menschliche Beziehungen
- Biologischer Landbau – alternative Produktion – alternativer Konsum

Preis: max. Fr. 200.— ohne Reise. Anmeldung an EHG, siehe besonderen Prospekt

Die einfache Art, sich einen netten Abend zu machen: freitags zum

OFFENEN ABEND

ins Foyer Hirschengraben 7 zu gehen.

- zum Essen (Menuvorschläge willkommen, Mitarbeit beim Einkaufen und Kochen erwünscht)
- Reden (diskutieren oder plaudern)
- Musik hören und tanzen

Hie und da gibt es Gäste, zum ersten Mal am 10. Mai: HENK HARBERS gibt eine Einführung in die Arbeiterliteratur (auch in Zürich gibt es schreibende Arbeiter).

Erster Offener Abend am 26. April, ab 19.00 Uhr.

WANDERN AN PFINGSTEN

vom 1. bis 4. Juni 1974 im AVERS – GRAUBUENDEN

In der schweizerisch-italienischen Grenzregion ziehen wir vom Splügenpass übers Avers ins Bergell. Standquartier: Innerferrera.

Nähere Angaben Mitte Mai

ATELIER

Alle reden von Kreativität — im ATELIER kann man etwas dafür tun.

WAS MACHEN DIE THEATERMACHER?

Gespräche mit MITGLIEDERN DES NEUMARKT-ENSEMBLES im Anschluss an eine Vorstellung. Daten und Billettvorverkauf siehe Flugblätter!

Stücke, die besprochen werden:

- John M. Synge — DIE KESSELFLICKERHOCHZEIT eine Volksballade aus Irland
- Peter Handke (Welturauff.) — DIE UNVERNÜNFTIGEN STERBEN AUS

PANTOMIME

Schulung des Körpers als technische Grundlage. Sich selber erleben und finden im körperlichen Ausdruck. Ansporn zur Kreation und Erhaltung der Spontaneität durch Improvisation und Freude am Spiel.

Ein Kurs mit DANIEL ILG, Pantomime
dienstags, 12.30 bis 14.00 Uhr, Foyer Voltastrasse 58

Kosten: Fr. 10.— pro Mal. Es können nur Teilnehmer berücksichtigt werden, die sich für den ganzen Kurs verpflichten (10 Stunden).

Beginn: Dienstag, 23. April 1974

MAL-WOCHENENDEN

am 4./5. Mai, 25./26. Mai, 29./30. Juni
mit den Malerinnen KARIN KOCH und CHRISTIN SCHMUTZ
im Foyer Voltastrasse 58
Beginn: Samstag, 15 Uhr
Kosten: je Fr. 35.—
(Kursgeld und zwei Mahlzeiten.)

Es geht darum, die Gesetzmässigkeiten, die in den Farben und ihren Beziehungen untereinander leben, im übenden Tun selber zu entdekken. Darauf aufbauend (also vor allem für Fortgeschrittene gedacht) gestalten wir Natur- und Gemütsstimmungen.

3×3 = 10: EIN KREATIVITÄTSTRAINING

mit dem Psychologen HANNES SCHNEIDER
Sich und andere ganzheitlich kennenlernen.
Methodikansatz: Gruppendynamik, Gestaltpsychologie nach Fritz Perls, Psychodrama nach Moreno.

Jeweils mittwochs, 20.00 bis 22.00 Uhr, Foyer Voltastrasse 58
Beginn: 8. Mai 1974 — Kosten pro Mal: Fr. 10.—

Als Teilnehmer können nur Leute berücksichtigt werden, die sich zum Besuch des ganzen Kurses (achtmal) entschliessen.

ARBEITSGRUPPEN

ARBEITSGRUPPE PSYCHIATRIE

In der Psychiatrischen Universitätsklinik BURGHÖLZLI

Offene Abende mit Patienten zusammen gestalten (montags oder mittwochs vierzehntägig); Austausch und Diskussion an den Vollversammlungen.

Orientierungs- und Planungsabend für bisherige und neue Gruppenmitglieder am
Dienstag, 23. April, 19.00–20.30 Uhr, im Foyer Hirschengraben 7.
Wichtig: nicht Einzelbesuche in der Klinik, sondern Gruppenaktivität und Möglichkeit der Supervision.

ARBEITSGRUPPE DRITTE WELT

Zwei Schwerpunkte während des Sommersemesters:
In der GESAMTGRUPPE der Versuch, ein klärendes Grundsatzgespräch über Sozialismus und Kapitalismus, über Zielvorstellungen und Abgrenzungen zu führen.

In den UNTERGRUPPEN nach Wahl: Eigeninformation oder Aktivität nach aussen

- Information Politökonomie
- Information Freire-Pädagogik
- Erwachsenenbildung
- Ausländische Arbeiter

Besonders ausbaubedürftig: Schul- und Spielstunden mit Kindern italienischer Arbeiter in Oerlikon, Kontakt mit dem zuständigen Elternkomitee; über die Unterstützung der Initiative für eine menschlichere Ausländerpolitik (Katholische Arbeiter- und Angestellten-Bewegung) muss noch diskutiert und entschieden werden.
Wichtig: politische Diskussion und persönliches Gespräch sollen nicht Gegensätze sein, sondern womöglich ineinander übergehen.

Erstes Datum: Mittwoch, 24. April, 18.30 Uhr, mit Nachtessen, Foyer Voltastrasse 58

THEMENZENTRIERTE GRUPPENARBEIT

anhand ausgewählter Phänomene zwischenmenschlichen Verhaltens

In vier Sitzungen werden wir an Einzelfragen aus dem Bereiche der Gruppendynamik sowie dem konkreten Geschehen in der Kursgruppe arbeiten.

Dieses Angebot ist keine Einführung in eine Theorie von Gruppendynamik, sondern eine Erfahrungsmöglichkeit zur Bedeutung und den Möglichkeiten von Gruppen für den einzelnen.

Jeweils dienstags von 18.15 bis 20.00 Uhr, Hirschengraben 7.

Kurskosten: Fr. 25.—. (Wir bitten um Anmeldung bei der EHG, da die Teilnehmerzahl beschränkt ist.)

Beginn: 30. April 1974 (weitere Daten 7. 5./14. 5./21. 5.).

ARBEITSGRUPPE (VER)BILDUNG

Weiterarbeit am PROJEKT STUDIENEINFÜHRUNG
fürs WS 74/75 an der ETH.

Wir suchen weitere Mitarbeiter, die unser Ziel aktiv unterstützen wollen, den Erstsemestrigen in ihrer neuen Studiensituation zu helfen, sie auf Probleme der Berufspraxis sowie auf die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Hochschule kritisch aufmerksam zu machen.

Eine genauere ORIENTIERUNG findet statt an unserer ersten Sitzung am Montag, 29. April 1974, 19.30 Uhr, im Foyer Voltastrasse 58.

RELECTURE

Man hat uns die Bibelgeschichten so lange in Watte verpackt, bis wir keine Kanten und keine Fragen mehr spürten.

RELECTURE heisst der Versuch, die ursprünglichen Erfahrungen, die in einem Text stecken, zu rekonstruieren und Erfahrungen gegenüberzustellen, die wir heute machen.

WOCHENENDE

mit Dr. GONSALV K. MAINBERGER, 11./ 12. Mai

- Lektüre von Texten moderner Autoren
- Relecture biblischer Texte
- einzeln oder in der Gruppe einen eigenen Text basteln

Wer sich für eine angebotene Aktivität speziell interessiert, kann sich mit Postkarte oder telephonisch voranmelden bei

Evangelische Hochschulgemeinde
Hirschengraben 7, 8001 Zürich
Telephon (01) 32 87 55

Die Studenten ziehen nach 3 Jahren «Experimentierphase» Bilanz

Mitbestimmung ist eine Machtfrage

Der VSETH veranstaltete am 4. Februar ein Teach-in, wo die verschiedenen Ereignisse während der letzten drei Jahre zusammengefasst wurden. Die Reformunwilligkeit von Behörden und Dozentenschaft zeigte sich erstens darin, dass von dieser Seite keine Anstösse zu Experimenten kamen und dass zweitens Initiativen von studentischer Seite durch verschiedene Mittel abgeklemmt wurden: Formelle Verletzung oder juristische Auslegung gegen den Sinn und Geist der Uebergangsregelung, Vorschieben von Scheinargumenten (Finanzknappheit) oder Schubladisierung von Anträgen sind nur Auszüge aus dem ganzen Sortiment. Dieser Text versucht Fragen nach den Hintergründen dieses Verhaltens aufzuwerfen und frägt nach den Konsequenzen, die die schlechten Erfahrungen mit der Mitbestimmung für die weitere politische Arbeit der Studenten haben können. Dies waren auch die Themen des Teach-in vom 4. Februar.

Die ETH wurde von Beginn an technokratisch konzipiert. Ziel war, Leute auszubilden, die nach Abschluss des Studiums sofort in einem eng begrenzten Berufsfeld – nach den Bedürfnissen von Industrie und Verwaltung – ihre Tätigkeit aufnehmen können. Die Folgen waren *straff geführte Studiengänge* und eine *starke Einschränkung der sogenannten akademischen Freiheit der Forscher und Lehrer;* Probleme also, die sich den Universitäten erst seit wenigen Jahren stellen.

Mit dem Einsetzen der Strukturreformbewegung im ganzen westlichen Lager wurde erkannt, dass auch an der ETH einige Anpassungen an die neuen Bedürfnisse der über Wissenschaft und Technik Verfügenden nötig sind. In der darauffolgenden Reformdiskussion lassen sich im wesentlichen drei Kräfte unterscheiden:

Die Konservativen

Sie wollen sich loslösen von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwängen und glauben an eine *«wissenschaftsimmanente» Fortentwicklung der Forschung.* Sie fordern einen grösseren akademischen Spielraum und wollen sich in ihre Tätigkeit von niemandem dreinreden lassen, schon gar nicht von Studenten. Die Hochschule soll also *möglichst autonom* sein, mehr nicht; auch die *einzelnen Forscher sollen selbstbestimmend* gegenüber der HS-Leitung sein.

Die bestehenden Lehrmethoden werden kaum hinterfragt, ebensowenig wie die Legitimation ihrer Forschung. Die Konservativen glauben, die Alleinverantwortung für ihre Tätigkeit tragen zu können. Ihre Macht erklärt sich vor allem aus ihrer gesellschaftlichen Stellung: Das Urteil von Professoren wird im allgemeinen (d. h. auch von einem grossen Teil der Studenten) als gewichtig angesehen, auch wenn es nicht Fragen aus ihrem Tätigkeitsfeld betrifft.

Die Technokraten

Sie verharren im tiefen Glauben, dass eine Wissenschaft, eingesetzt für wirtschaftliche Ziele in unserem Konkurrenzsystem, *automatisch den grösstmöglichen Fortschritt für das Wohl der Menschheit* erbringe. Die Zielrichtung der Forschungsschwerpunkte bedarf somit kaum weiterer Legitimation. Ein Problem stellt nur noch die optimale Vermittlung des erforderlichen Wissens.

Sie sind also nicht a priori gegen Mitbestimmung. Sie spielt eine wichtige Rolle in der Ermittlung neuer Ideen und soll zudem als Ordnungsfaktor zur möglichst reibungsfreien Organisation der Hochschule dienen. Dazu ist eine gewisse Autonomie notwendig – vor allem was die Lehre anbetrifft; sie soll sich aber nur *auf die Hochschulleitung beschränken.* Dahinter steht ein Gesellschaftsbild, das stark von der Technik geprägt ist: Zur bestmöglichen Organisation braucht es *ein Zentrum,* wo alle Informationen zusammenlaufen und von wo aus die relevanten Entscheidungen getroffen werden können. (Am besten wäre wahrscheinlich, wenn jeder Student an einen Computer angeschlossen wäre!)

Die Studenten

Gemeint sind hier vor allem die politisch aktiven, und auch darunter nur diejenigen, denen es nicht um die Erringung ständischer oder persönlicher Vorteile geht. Von diesen Studenten wird seit einigen Jahren das bekannte Postulat erhoben: *Bestimmung der Forschungsprioritäten und Lehrinhalte nach Kriterien, die das Interesse der gesamten Gesellschaft berücksichtigen.* Daraus folgt: *Oeffentlichkeit* aller Hochschulgremien und *Entscheidungsbefugnisse aller Hochschulgruppen* in den Entscheidungsgremien.

Durch den Einbezug von Studenten in diese Gremien ist die Ausrichtung der Lehr- und Forschungstätigkeit auf gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse natürlich keineswegs gegeben, kommt diesem Ziel aber einen wesentlichen Schritt näher. Die Studenten haben nämlich – im Gegensatz zu den Professoren – im Hochschulbereich *keine Machtpositionen zu verteidigen.* Durch die steigende Rate von Studenten aus unteren Einkommensschichten können auch vermehrt deren Bedürfnisse vertreten werden.

Die Bilanz

Dass in den letzten Jahren Experimente nicht Fuss fassen konnten, ist nicht aus der Unfähigkeit der Studentenvertreter in den paritätischen Gremien zu erklären, sondern aus den Bedingungen, unter denen sie dort arbeiten mussten: Entscheidungen wurden ihnen versagt, und zu besonders heissen Eisen durften sie nicht einmal mitreden. Das Argument der Professoren, durch die fachliche Inkompetenz der Studenten würde das «wissenschaftliche Niveau» gefährdet, können wir nicht ernst nehmen, zumal Studenten – insbesondere in Bildungsfragen – oft um einiges bewanderter sind.

Es geht hier auch gar nicht um fachwissenschaftliche Fragen, sondern es geht um die *Erhaltung persönlicher Professorenprivilegien* (was jedem einleuchtet) und um die *Durchsetzung von gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Interessen,* was – wenn man die Situation an den Hochschulen isoliert betrachtet – nicht unmittelbar klar wird und auch im Rahmen dieses Artikels nicht weiter untersucht werden kann. Tiefere Analysen dazu liefern beispielsweise Arbeiten der *«Arbeitsgruppe Hochschulreform»* (Abt. X) oder die *«Basisgruppe IIIA/B»* in ihren veröffentlichten Broschüren (erhältlich auf dem VSETH-Sekretariat).

Die Frage nach der sogenannten Mitbestimmung ist übrigens auch an der Uni brisant geworden: Zu sämtlichen interessanten Problemen werden die Studentenvertreter *aus den Fakultätsversammlungen ausgeschlossen.* Auch hier gilt: Mitbestimmung lässt sich nicht mit moralischen Ansprüchen fordern, und ihre Verhinderung lässt sich nur zu einem geringen Teil auf der Basis persönlicher oder ständischer Interessen erklären, sondern vor allem durch eine Analyse gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Machtverhältnisse (vgl. «konzept» 74/1, Beat Kappeler: *«Multinationale Unternehmen: Wachsende unkontrollierte Macht»).*

Wie geht es weiter?

Diese Frage ist für uns von entscheidender Bedeutung, kommt doch bald das neue ETH-Gesetz auf uns zu. Dieses Gesetz wird weitere Reformen ermöglichen oder nicht ermöglichen. Dies muss jedermann klar sehen: Das neue ETH-Gesetz wird Wirkungen haben, die jeden Hochschulangehörigen betreffen werden. Wie diese Wirkungen für die Studenten ausfallen, hängt unter anderem vom Einfluss ab, den wir Studenten nehmen können. Bis jetzt war er äusserst klein: Die Studentenvertreter in der Expertenkommission wurden laufend übergangen, Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen wurden nur in uninteressanten Randbereichen gewährt und selbst Mits*pracherechte* wurden umgangen. Es sei aber daran erinnert, dass die Studenten 1969, als sie zusammenstanden, es immerhin fertigbrachten, das «alt-neue» ETH-Gesetz durch ein Referendum zu stürzen. Ganz machtlos sind wir also nicht.

Der KStR warf in einer Urabstimmung die Frage auf, ob sämtliche Studentenvertreter aus den Gremien zurückzuziehen seien, weil ja doch keine effektive Mits*prache* – geschweige denn Mit*bestimmung* – möglich sei. Die Architekturstudenten haben im Mai 1973 ihre Abteilungsratsvertreter zurückgezogen. Eine ähnliche Frage könnte sich auch für sämtliche andern Abteilungen stellen. Es geht jedoch nicht darum, grossartige «Feuerwerkaktionen» zu starten, um nachher zu resignieren, sondern es geht darum, *Entscheidungsbefugnisse zu erlangen* und – sollte das durch das neue ETH-Gesetz verhindert werden – dieses Gesetz aufs schärfste zu bekämpfen. Ueber die Mittel muss noch diskutiert werden.

Daniel Leu, VSETH-Vorstand

Projektorientiertes Studium auch an der ETH?

POST im Wasser?

Infolge des Hinauswurfs der fortschrittlichen Dozenten Janssen, Schulte und Zinn von der Architekturabteilung der ETH im Jahre 1971 (SS) war die Diskussion um projektorientierte Studien (POST) längere Zeit verstummt, bis eine Arbeitsgruppe von Studenten und Assistenten der Naturwissenschaften vor zwei Semestern erneut die Initiative ergriff.

Wie bekannt ist, wurde der Vorschlag der Studenten vom Abteilungsrat (drittelpartitätisches, beratendes Gremium) der Abteilung X (Naturwissenschaften) auf Schaffung zweier Halbassistenzen zur Planung von projektorientierten Studien von der Hochschulleitung wegen Finanzknappheit und Personalmangels abgelehnt(1). Der neue Präsident der ETH, Prof. Ursprung, hat sich indessen bereit erklärt, seriöse Experimente, die auf projektorientierte Studien hinzielen, zu unterstützen. Voraussetzung wäre, dass eine Gruppe von Professoren, Assistenten und Studenten auf freiwilliger Basis *an Stelle* des normalen Studiums ein POST durchführen würden. Die Absolventen eines solchen POST hätten sich Prüfungen zu unterziehen, die den normalen Vor- und Schlussdiplomen *entsprechen.* Bereits haben einige ETH-Professoren ihr Interesse bekundet, einen Versuch zu wagen. Nun geht es darum, durch breit angelegte Informationen, durch ernsthafte Auseinandersetzungen mit dieser neuen Studienform und durch zielgerichtetes Handeln zu verhindern, dass diese Experimente scheitern, zu verhindern auch, dass sie zu falschen Zwekken missbraucht werden.

Projektorientiertes Studium oder Studium in Projekten?

Der Begriff *«Projekt»* wird von verschiedenen Interessenlagen nämlich ganz verschieden gedeutet. Für uns Studenten ist es daher nötig, *unsere* Konzeption des POST klar und unmissverständlich darzulegen: Nach unserer Vorstellungen muss ein POST, um diesen Namen zu verdienen, im wesentlichen folgende drei Aspekte beinhalten und verwirklichen:

● *Forschendes Lernen:* Das «reine Fachwissen», das nötig ist, um Projekte erfolgreich anzugehen, wird in Grundkursen vermittelt, deren Inhalte *von allen* Projektteilnehmern demokratisch bestimmt werden. Als Formen dieser Grundkurse fungieren nebeneinander Vorlesungen, Kolloquien und Gruppenarbeit. Daneben wird aber *vorwiegend forschend gelernt,* das bedeutet Lernen durch Teilnahme an der aktuellen Forschung der Disziplin – mit allen Enttäuschungen, Risiken und Langwierigkeiten, die zum Forschen gehören. Ziel dieser Lernform ist, sich grundsätzliche Merkmale wissenschaftlichen Verhaltens anzueignen, die durch die heutigen – vorwiegend rezeptiven – Lernformen kaum vermittelt werden: methodenkritisches Bewusstsein, Kreativität, Reflexion auf Voraussetzungen und Ziele, Kommunikation usw. . . .(2)

● *Interdisziplinarität:* Die naturwissenschaftlichen Disziplinen stehen in einem engen Wechselverhältnis zueinander, ebenso mit gesellschaftlichen Bereichen, die von den Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften untersucht werden. Um die immer komplexer werdenden Zukunftsaufgaben bewältigen zu können, drängt sich eine vermehrte Zusammenarbeit auf. Dabei geht es nicht um die Schaffung einer neuen «Metawissenschaft», die sozial- und naturwissenschaftliche Ansätze in sich vereinigt, sondern um ein kooperatives Zusammengehen komplementärer Ansätze. Dies gestattet die jeweiligen Dimensionen der verschiedenen Wissenschaften, die an der Lösung von gesellschaftlich relevanten Problemen beteiligt sind, als praktisch zusammengehörig zu erkennen, die Lösung der Probleme jedoch wissenschaftlich verschiedenartig anzugehen(3). Es erfordert, dass ein Wissenschafter die verschiedenen Denkkategorien und Arbeitsmethoden von diversen anderen Fachwissenschaften wenigstens im Ansatz kennt. Erst wenn Fragestellung, Prioritätenwahl, Arbeitsprogramm und -methoden *gemeinsam* bestimmt worden sind, kann der einzelne bzw. die Gruppe auf ihrem Fachgebiet forschen und dabei sich auf ihrem Fach weiterbilden, nun aber in ständiger Kommunikation mit allen Mitarbeitern. Nur so ist es möglich, am Ende die gegenseitigen Abhängigkeiten der Resultate zu erkennen und so die notwendigen Folgerungen zu ziehen und entsprechend zu handeln.

● *Kritische Reflexion:* Heute, wo Wissenschaft immer mehr Produktivkraft wird, wo weite gesellschaftliche Bereiche direkt oder indirekt durch Wissenschaft beeinflusst werden, ist es nötig, die Wechselwirkungen von Wissenschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu untersuchen und so zu handeln, dass die Wissenschaften nicht länger zur Prostituierten kleiner, wirtschaftlich mächtiger Minderheiten gemacht werden können. Dazu muss sich der Student (und natürlich auch Dozenten und Assistenten) mit der Funktion der Ausbildung und mit seiner späteren Rolle als Wissenschafter ebenso beschäftigen wie mit Wissenschafts- und Gesellschaftskritik. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Probleme und angesichts der gegenseitigen Durchdringung der Wissenschaften – bei gleichzeitig zunehmender Aufspaltung in einzelne Disziplinen – ist klar, dass diese kritische Reflexion nicht länger im stillen Kämmerlein («Verantwortung des einzelnen») geschehen kann, sondern eben selbst Gegenstand einer (interdisziplinären) kritischen Forschung innerhalb eines Projektes werden muss.

Werden nicht alle diese Aspekte in einem POST verwirklicht, so birgt seine Anwendung die Gefahr des Missbrauchs. Auch die Industrie (und ca. 70% aller Wissenschafter gehen in die Industrie) hat heute gemerkt, dass «Fachidioten» eine schlechte Investition sind; sie braucht anpassungsfähige, vielseitige Leute, die sich schnell in ein neues Gebiet einarbeiten können und neben fachlichen Qualifikationen auch Fähigkeiten auf andern Gebieten aufweisen. Uns geht es aber nicht um eine Anpassung des Ausbildungsbetriebes an die Verwertungsinteressen einer kleinen (aber finanziell starken) Minderheit, die heute grosseteils über die Wissenschaften verfügt, sondern es geht uns letztlich um eine *Befreiung der Wissenschaft* und somit um eine Befreiung der Menschheit.

Senkung des wissenschaftlichen Niveaus?

Jetzt glauben sicher einige Leute, POSTs seien eine Art Ausbildungsstätten für die «rote Kaderschmiede». Das sind Unterstellungen konservativer Kreise, denn uns ist es klar, dass Projekte Fachwissen erfordern – wir wollen keinen fachwissenschaftlichen Dilettantismus. Das «unabdingbare Grundwissen» (dessen Umfang, nebenbei gesagt, umstritten ist), das notwendig ist, um ein Projekt anzugehen, wird in Kursen vermittelt. Dadurch, dass der Lernende schon an der Fragestellung mitgewirkt hat, durch die Transparenz des Projektes und durch die Einsicht, etwas zu lernen, das man selbst unverzüglich anwenden kann, wird die Motivation für das Erarbeiten weiteren Sachverstandes gefördert. So wird das «wissenschaftliche Niveau» weit mehr angehoben als durch das Anhören (auch noch so komplizierter) Vorlesungen und Absolvieren rezeptiver Praktika (nach «Methode Kochbuch»).

Zusammenfassend seien nochmals die wesentlichen Bedingungsmerkmale eines POST umschrieben:

● Die Fragestellung des Projektes muss praxisorientiert sein.

● Das Projekt muss von einer gesellschaftlich relevanten Problemstellung ausgehen und durch sie legitimiert sein.

● Das Projekt muss interdisziplinär und methodenpluralistisch sein.

● Das Projekt muss eine Beteiligung aller Mitarbeitenden an Entscheidungsprozessen ermöglichen.

Initiativen an der Basis!

An der ETH ist eine *«Basisgruppe POST»* im Entstehen begriffen, die Interessierte aus allen Fachbereichen zusammenfasst (Melde dich auf dem VSETH-Sekretariat, Leonhardstrasse 19, 2. Stock, Telefon 34 24 31). Ziel der Arbeitsgruppe ist, einen breiten Kreis von Hochschulangehörigen mit der Idee des POST bekannt zu machen. Die Forderungen nach POSTs sollen dann durch Bildung von Initiativgruppen auf Abteilungs- und Institutsebene erhoben werden. Die Arbeitsgruppe sieht ihre Aufgabe nicht isoliert im Erheben von Forderungen nach POSTs, sondern geht aus von einer Kritik am bestehenden Forschungs- und Ausbildungsbetrieb, ist also Teil der Studentenbewegung, und versteht ihre Arbeit als Beitrag zur Befreiung der Wissenschaft von finanzstarken Minderheiten, welche heute noch über sie verfügen, als Beitrag, die Wissenschaft zum Wohl der gesamten Menschheit einzusetzen. Ein Teil ihrer Arbeit wird daher auch sein, Erfahrungsaustausch und evtl. Koordination mit anderen Basisgruppen anzustreben.

Daniel Leu

1 Vgl. zs Nr. 5, Okt. 73

2 Vgl. Schriften der Bundesassistentenkonferenz Nr. 1 (Bonn 1968), «Kreuznacher Hochschul-Konzept» und Nr. 5 (Bonn 1970) «Forschendes Lernen – wissenschaftliches Prüfen»

3 Vgl. «Studentische Politik», Heft 2/3 1972, Bonn-Bad Godesberg 1972

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber den «Zürcher Student» willst Du doch nicht vermissen! (Talon in dieser Nummer).

Wider den Durchlauferhitzer-Studenten

Im SS 73 beschäftigte sich die **EHG-Arbeitsgruppe (Ver)bildung** mit der bildenden und verbildenden Funktion des Poly-Betriebes. Anhand einer Diskussion über den emanzipatorischen Wert der Bildung gelangten wir zum konkreten **Projekt Studieneinführung.**

● Wir möchten den **Erstsemestrigen** an der ETH bei der Bewältigung der neuen Situation, in die sie hineingestellt sind, behilflich sein. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, ihnen etwas **Arbeitsmethodik** (problemorientiertes Studium, Gruppenarbeit, Faktenverarbeitung) zu vermitteln, damit sie dem Stress der Hochschule besser gewachsen sind.

● Die frühzeitige Erarbeitung des **Berufsbildes** (kritische Auswertung von Exkursionen und Praktika, Hinweise auf interdisziplinäre Arbeit) verstärkt die Motivation zum Studium und gewährleistet während der Studienzeit eine umfassendere Vorbereitung auf die spätere Berufssituation.

● Mit der Diskussion **gesellschaftlicher Zusammenhänge** (Verantwortung des Akademikers, Rolle der Wissenschaft) möchten wir verhindern, dass sich der Student in den «Elfenbeinturm Wissenschaft» einschliesst und den Blick für das Ganze verliert.

● Weiter hoffen wir, die jungen Studenten für die **Hochschulpolitik** zu sensibilisieren, ihnen gegenseitige Kontakte zu ermöglichen.

Wir möchten unseren Bestand im Frühjahr 74 erweitern, damit möglichst von den verschiedenen Studienrichtungen her die angesprochenen Problemkreise strukturiert werden können. Ueber eine noch auszuarbeitende Broschüre wollen wir im WS 74/75 mit motivierten Erstsemestrigen einige Gruppengespräche führen. Eine erste Orientierungssitzung findet statt am **Montag, 29. April, 19.30 Uhr,** im Foyer Voltastrasse 58.

Arbeitsgruppe (Ver)bildung

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 780.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH Tel. (01) 32 62 11, intern 32 73

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

Harte Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 395.– netto

Weiche Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 500.– netto

FREIHOFER
Buchhandlung für Medizin
Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22

Medizin und **Psychologie**
seit **50 Jahren unser Spezialgebiet**
Individuelle Bedienung und Beratung.

BUCHHANDLUNG RAUNHARDT
INH. GERHARD HEINIMANN & CO.
gegr. 1890
8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster
Telephon (01) 32 13 68

Tea-Room «Vogelsang»
Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Wir empfehlen: Entrecôte mit Mexiko-Sauce Fr. 9.90
Geschn. Leber mit Butterrösti Fr. 4.50

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen

P. und M. Tibau-Betschart

Mind and Man
Gemüt und Mensch
Lecture on Christian Science
Tuesday, 14th May 6.45 p.m.
Deutsche Übersetzung des Vortrages 20.15 Uhr
at First Church of Christ Scientist, Zürich
Merkurstrasse 4 (Kreuzplatz)

Ansprechende Auswahl
günstige Preise
finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med. vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10 (auch 1. Stock)
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Unser Composer-Service übernimmt zu günstigen Bedingungen das Reinschreiben von
Dissertationen
Ausführung: mit Composer oder Schreibmaschine.
Verlangen Sie unverbindlich eine Offerte bei
Composer-Service,
Frl. M. Ballenegger
Lindhofstrasse 63, 5200 Windisch
(056) 41 75 41

KENJI-KAN ZÜRICH
KARATE, JUDO, JIU-JITSU, AIKIDO
KARATESCHULE KIOTO
TEL. (01) 25 66 92

Krauthammer

Buchhandlung für Architektur und Kunst

Grösste Fachbuchhandlung für Architektur in der Schweiz

Architektur **Photographie**
Bauingenieurwesen **Kunstausstellungskataloge**
aktuelle Kunst **Bibliophilie**

Verlangen Sie unsere Informationen

Predigerplatz 26 (bei der Zentralbibliothek)
8001 Zürich

Telefon (01) 32 20 10

Krauthammer

Spezialabteilungen für:
- **Taschenbücher**
- **Psychologie**
- **Pädagogik**
- **Linguistik**

Krauthammer Taschenbücher
Mühlegasse 27, 8001 Zürich

Tel. (01) 34 03 29

Krauthammer

Für Studium und Praxis

BETRIEBSWIRTSCHAFT
VOLKSWIRTSCHAFT

Datenverarbeitung **Recht**
Organisation **Statistik**
Arbeitstechnik **Wirtschaftsgeschichte**

Unternehmensführung **Arbeitsfragen**
Operations Research **Mitbestimmung**
Gewerkschaften

Absatz / Marketing **Wirtschaftspolitik**
Rechnungswesen **Planwirtschaft**

Personalfragen **Bank-, Geld- und Börsenwesen**
Produktion **Wirtschaftswachstum**
Einkauf **Konjunktur**

Politikwissenschaft **Militär**
Friedens- und Konfliktforschung **Sozialismus**
Internationale Politik **Integration**

Berichte zur Wirtschaft und Politik in allen Ländern

SOZIOLOGIE: Bildung und Forschung, Rechtssoziologie, Massenmedien

Buchhandlung für Wirtschaft und Politik
Mühlegasse 13, Tel. (01) 34 08 84, 8001 Zürich